



**Protokoll der 11. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 13. März 2024, 17:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Pascal Frey

Namensaufruf: 39 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Severine Hänni

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler

Gemeinderatssekretär: Mathias Frei

Traktanden

- 50 Mitteilungen
- 51 Protokoll der Sitzung vom 21. Februar 2024
- 52 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Roman Fischer, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 53 Botschaft Nr. 15 «Budget der Stadtverwaltung Frauenfeld für das Jahr 2024 – 2. Auflage»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertretende, die heutige Sitzung ist der zweite Versuch, der Stadt ein Budget zu bescheren. Ich hoffe, dass wir uns heute einigen werden, die Vorzeichen stehen nicht schlecht.

Meinen Dank möchte ich, da ich gestern Geburtstag hatte, heute sehr persönlich und auch etwas egoistisch aussprechen. Ich durfte bis jetzt 40 wundervolle Jahre in perfekten Verhältnissen ohne wirkliche Probleme verbringen. Danke an alle, die daran mitgearbeitet haben. Ich hoffe, es geht noch lange so weiter.

In diesem Sinn lassen wir uns nicht von unseren kleinen, zuweilen unwichtigen Problemen jagen, sondern schauen wir doch etwas weiter, was die nächsten mindestens 40 Jahre wichtig ist.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Namensaufruf:

Es sind 39 Mitglieder des Gemeinderats anwesend. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23b des Geschäftsreglements des Gemeinderats zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

50

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP):

1. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
 - Das lachsfarbene Papier mit den Änderungen der GPKs wurde nur verschickt, Sie haben dieses per E-Mail erhalten. Ich bitte den Ratssekretär, dieses beim nächsten Mal wieder aufzulegen, damit es kein Durcheinander gibt.
 - Aktuelle Versionen der Sitzordnung sowie der Adressliste
2. Mit Beschluss Nr. 42 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend Schneeräumung Fusswege und Velorouten von Gemeinderat Roman Fischer am 20. Februar 2024 beantwortet.
3. Mit Beschluss Nr. 44 hat der Stadtrat die GPK-Motion betreffend Aufhebung des Reglements über Vorsorgeleistungen zugunsten der Mitglieder des Stadtrats und Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine subsidiäre Versicherungslösung am 27. Februar 2024 beantwortet.
4. Gemeinderat Nathanael Hug hat am 28. Februar 2024 seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 30. April 2024 beim Stadtrat eingereicht. Mit Beschluss Nr. 59 hat der Stadtrat den Rücktritt am 12. März genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.

51

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 21. FEBRUAR 2024

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Protokoll der Sitzung vom 21. Februar 2024 wurde am 6. März 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind bis heute keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

53

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2023-2027

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz von Roman Fischer, der seinen Rücktritt nach der Wahl in die GPK Finanzen und Administration an der letzten Gemeinderatssitzung mitgeteilt hat.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen schlagen wir Ihnen unser Mitglied Fabio Bergamin (CH) als Nachfolge von Roman Fischer vor. Wir danken für Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Vorgeschlagen ist Fabio Bergamin. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen entsprechend vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine geheime Wahl?

Abstimmung

Gemeinderat Fabio Bergamin wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislaturperiode 2023-2027 gewählt.

53

BOTSCHAFT NR. 15 «BUDGET DER STADTVERWALTUNG FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2024 – 2. AUFLAGE»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 15 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. Februar 2024 wurde am 21. Februar 2024 in den Dossierbrowser geladen. Die Budgets von Thurplus und dem Alterszentrum Park sowie die Lohnanpassungen (Anträge 1, 4 und 5) der ersten Botschaft zum Budget 2024 wurden vom Gemeinderat bewilligt und sind nicht mehr Gegenstand der heutigen Beratung. Diese haben auch – wo nötig – die Referendumsfrist bereits durchlaufen und sind somit rechtskräftig.

Wir diskutieren heute über den Steuerfuss, das überarbeitete Budget der Stadtverwaltung und die revidierten Finanzpläne 2025-2027 der Stadt. Als Erstes steht das Eintreten zur Debatte. Danach folgt die Detailberatung, in der Änderungs- und Rückweisungsanträge gestellt werden können. Ich bitte Sie wiederum, die allgemeinen Voten zu Budget, Botschaft oder Finanzplan erst zu Beginn der Detailberatung zu halten. Nach dem allgemeinen Teil werden wir die Unterlagen von vorne nach hinten registerweise durchgehen. Dabei können Anträge zu einzelnen Positionen gestellt werden. Grundlage für die Diskussion ist die Botschaft und das Budget, wie der Stadtrat es vorgelegt hat inklusive Veränderungen der GPKs gemäss versendetem lachsfarbenen Papier. Wir werden die Departemente in Register 3 inkl. Investitionen in Register 6 departementsweise und nicht seitenweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Seitenzahl, Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag, falls dies noch nicht geschehen ist. Zum Ende werden wir über die Anträge der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein. Somit beginnen wir mit dem Eintreten.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPKs: Zuerst möchte ich kurz – Sie entschuldigen diese ausufernde Einführung – auf die letzten Monate eingehen und diese Revue passieren lassen.

Konkret, wir starten im Frühsommer 2023. Am 30. Mai 2023 hat der Stadtrat die Budgetvorgaben versandt, seither sind knapp zehn Monate vergangen. Damals begannen die Ämter mit dem Budgetierungsprozess, welcher immer noch, auch hier vorliegend, die Basis legt für das heute vorliegende Budget. Ende August, also vor knapp acht Monaten haben die Ämter und Departemente dem Stadtrat dann ihre jeweiligen Budgets vorgelegt. Dann wurden diese eingegebenen Budgets zwei Monate lang geprüft, gewälzt, debattiert und überarbeitet, im Feedbackloop mit diesen Ämtern. Ende Oktober, das ist immer noch einige Monate her, wurde das Budget dem Gemeinderat und somit auch der Öffentlichkeit preisgegeben und während den folgenden ein-einhalb Monaten wurde damit das Budget in den GPKs, den Fraktionen sowie der Öffentlichkeit beraten. Am 8. Dezember 2023 hat der Stadtrat bekannt gegeben, wie er dem strukturellen Defizit gegenüberzutreten möchte oder ganz konkret auf das Haushaltsgleichgewicht eingehen möchte. Dabei sind drei Massnahmen angekündigt worden: a) die Plafonierung von Personal- und Sachaufwand, b) die Nettoinvestitionen von maximal 12 Mio. Franken und c) Erhöhung des Steuerertrags auf 55 Mio. Franken. Hierbei wichtig zu bemerken, geht es sowohl um Attraktivität wie auch bei Bedarf um eine Steuererhöhung. Mitte Dezember 2023, also vor ziemlich genau drei Monaten wurde durch den Gemeinderat mit 21 gegenüber 18 Stimmen entschieden, das Budget der Stadtverwaltung zurückzuweisen, dies verbunden mit einem klaren Sparauftrag. Die weiteren Budgets von Thurplus und AZP wurden hingegen bestätigt, wie eben gehört, genauso wie die Besoldungsanpassungen. Der Stadtrat hat daraufhin eine Woche später einen neuen, sportlichen Zeitplan versendet, welcher abgestimmt mit den Präsidien des Gemeinderats und der GPKs so durchgezogen wurde. Dies ist nun auch eingetreten und der Gemeinderat erhielt per 21. Februar 2024, also vor drei Wochen die Neuauflage des Budgets. In diesen drei Wochen hielten wir fünf GPK-Sitzungen ab sowie jeweils Fraktionssitzungen und diverse bilaterale Abstimmungen. Somit beraten wir nun ein Budget, welches seit zehn Monaten in Arbeit ist und in seinen Grundzügen seit fünf Monaten bereits steht.

Der Stadtrat hat mit vorliegenden Budget eine relativ rückweisungsantragstreue Umsetzung durchgeführt, was aus Sicht der Gewaltentrennung durchaus zu begrüssen ist. Konkret sieht das neue Budget der Stadtverwaltung einen Verlust von 3.19 Mio. Franken vor, was eine Verbesserung gegenüber Version 1 um 1.52 Mio. Franken entspricht. Die beiden bereits genehmigten Budgets sind davon explizit nicht betroffen und ja schon bereits genehmigt. Somit sieht das Budget gesamthaft wie folgt aus:

Stadtverwaltung: - 3.19 Mio. Franken, AZP + 100'000 Franken, Thurplus + 4.52 Mio. Franken. Das heisst, die ganze Stadt inklusive ihrer Betriebe erzielt somit einen Gewinn von 1.43 Mio. Franken. Heute geht es aber nur um die Stadtverwaltung.

Ich habe Ihnen vor drei Monaten von der Uneinigkeit und der sehr schwierigen Vorberatung in den GPKs berichtet. Dieses Mal haben wir uns primär mit den Änderungen auseinandergesetzt. Der mehrfach geforderte Plan zur Stabilisierung des städtischen Haushalts wurde durch den Stadtrat zumindest grob umrissen. Angekündigt, aber noch nicht umgesetzt oder vielleicht auch noch nicht angegangen ist die Aufgabenprüfung. Mit den seit heute offiziell kommunizierten provisorischen buchhalterischen und einmaligen Erträgen in 2023 wird leider das immerzu angesprochene strukturelle Defizit nicht behoben, das ändert daran gar nichts. Genausowenig wie mit dem Grossteil der Massnahmen, welche den Verlust im aktuellen Budget reduzieren. Leider – zwar nachvollziehbar, aber dennoch sehr schade – wurde hier verpasst, nachhaltige Einsparungen zu tätigen. Auch wurden mehrheitlich nicht die Erkenntnisse aus den letzten Monaten seit initialer Budgeterstellung – wie erwähnt insgesamt zehn Monate – beigezogen. Das bedeutet, dass wir die Ausgaben mehrheitlich einfach aufgeschoben haben und diese nächstes Jahr tätigen müssen, im schlimmsten Fall dann sogar etwas teurer.

Wir haben aus der Beratung folgende Ecksteine mitgenommen: Es werden, das ist die gute Neuigkeit, konkrete Massnahmen getroffen, um den Vorgaben zum Haushaltsgleichgewicht zu entsprechen. Eine Überprüfung der Aufgaben und der damit verbundenen Budgetierungen sowie eine Objektplanung findet statt resp. soll stattfinden. Und der Budgetprozess wird grundlegend überarbeitet. Die GPK nimmt dies wohlwollend, wenn auch leicht erstaunt über das aus unserer Sicht späte Handeln zur Kenntnis, dass man offenbar nun bei der Stadt eine Dringlichkeit sieht, gegen das strukturelle Defizit vorzugehen. Der Finanzplan und die damit verbundenen vorhergesagten Finanzzahlen drücken diesen Weg auch aus. Danke für die Klarheit an dieser Stelle – soweit möglich. Damit verbunden lässt sich auch sagen, dass die GPKs im Grossen und Ganzen mit dem vorliegenden Budget einverstanden sind. Hierbei hat sich aber auch ganz klar gezeigt, dass sich nebst dem strukturellen Defizit auch Probleme mit dem Budgetierungsprozess als solchen zeigen. Daher sind nun in beidem nachhaltige Änderungen gefragt.

Damit folgt noch der Blick in die Zukunft. Erlauben Sie mir folgende Analogie im Sinn des Slogans von Alt-Stadtammann Bachofner «Sonne über Frauenfeld». Seit der letzten Budgetberatung im Dezember hat sich der Ausblick etwas geklärt. Auch wenn der blaue Himmel noch nicht sichtbar ist, so sind immerhin der Nebel zum einen und die Gewitterwolken zum anderen etwas verschwunden. Wir hoffen sehr und warten gespannt, ja eigentlich pochen wir darauf, dass die weitere Planung und vor allem Handlungen vorgenommen werden, um möglichst wieder in den Genuss von sonnigem Wetter zu kommen.

Somit komme ich zu den Empfehlungen der GPKs zu den Anträgen in der vorliegenden Botschaft. Die GPKs stimmen wie folgt: Antrag 1 des Stadtrats zur Steuerfussanpassung wird in der GPK F&A mit 5 Ja gegen 2 Nein bei 0 Enthaltungen gutgeheissen, der Antrag 2 zum Budget wird durch alle GPKs angenommen, der Antrag 3 wird im Rahmen der Budgetberatung durch die GPK F&A zur Kenntnis genommen.

Im Namen der GPKs möchte ich an dieser Stelle das Lob aus dem Dezember nicht nur wiederholen, sondern explizit akzentuieren. Nebst den qualitativ guten Unterlagen und der grossen Informationsdichte wurde in kürzester Zeit und parallel zum Tagesgeschäft, den ersten Rechnungsarbeiten usw. die Neuauflage des Budgets durchgezogen und mit hilfreichen zusätzlichen Informationen ausgestattet. Trotz der sehr kurzen Zeit und der grossen Arbeit sind dabei keine gröberen Fehler und auch keine Ansammlung von kleineren passiert, das ist bemerkenswert, gerade wenn man dabei noch die knappe Besetzung des zuständigen Amtes bedenkt. Geschätztes Team um Reto Angehrn, herzlichen Dank dafür. Weiter auch grössten Dank an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die erbrachte Leistung, insbesondere in den letzten Monaten, welche auch geprägt von Unsicherheiten und Restriktionen waren. In diesem Sinn besten Dank, und ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

Stadtpräsident Anders Stokholm, FDP: Der Stadtrat hat innerhalb von zwei Monaten die Überarbeitung des Budgets zusammen mit den Verwaltungsmitgliedern aufgestellt, und dies entlang des Antrags, der von der Mehrheit des Gemeinderats am 13. Dezember 2023 angenommen wurde. Wir haben den Personalaufwand wie gewünscht überarbeitet und gekürzt, wir haben den Sachaufwand um 100'000 Franken bei den Büromöbeln und um 400'000 Franken bei den externen Honoraren gekürzt und wir haben allgemeine Kürzungen in der Höhe von etwas mehr als 800'000 Franken vorgenommen. Das einzige, was wir aus Erkenntnissen im Zusammenhang mit dem Jahr 2023 noch mitnehmen konnten, waren die Zinsanpassungen, die haben wir auch mitgenommen.

Der zeitliche Ablauf und die Gedrängtheit des Zeitplans gleichzeitig mit den von Gemeinderat Elio Bohner genannten ersten Rechnungsarbeiten liessen es nicht zu, dass wir auch nachhaltig über das Budget gehen konnten. Das ist uns durchaus bewusst, und wir wissen auch, dass diese Arbeit nicht nur bevorsteht, diese wird in den Departementen und den Ämtern auch schon angegangen. Wir haben die entsprechende Stossrichtung aufgezeigt, beschlossen am 5. Dezember, kommuniziert am 8. Dezember. Wir nennen es salopp die Finanzstrategie. Das ist vielleicht

ein grosses Wort für diese vier Hebel. Wenn wir genau sind, sind es die vier Hebel Sachaufwand, Personalaufwand, Investitionen und Steuerertrag, an denen wir hauptsächlich zu drehen haben, aber wir haben natürlich auch kleinere oder andere Hebel. Die Beantwortung der Motion von Stefan Vontobel und Kathrin Widmer, die moniert wurde, dass sie noch nicht erfolgt ist, ist in Bearbeitung und wird demnächst, also im Lauf dieses Monats im Stadtrat finalisiert und dann im April dem Gemeinderat zugestellt. Dann werden wir sicher eine interessante Diskussion über die weiteren notwendigen Schritte haben, die es zu nehmen gilt, damit wir das Haushaltsgleichgewicht erreichen können, das wir erreichen müssen. Dass solche Einmaleffekte, wie wir sie in der Vergangenheit immer wieder hatten und wie wir sie heute kommunizieren mussten im Zusammenhang mit Auswertungen, immer wieder auch noch hinzukommen, macht die Arbeit ja nicht nur leichter, aber es ist, wie Elio Bohner gesagt hat, ein reiner Buchgewinn, das hat mit Liquidität gar nichts zu tun. In diesem Sinn hält auch der Stadtrat an seinen Anträgen samt und sonders fest.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Eintreten scheint somit unbestritten und ist stillschweigend genehmigt.

Detailberatung

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Vielen Dank für die gut aufbereiteten Unterlagen zum Budget der 2. Auflage. Es war sicher eine grosse Herausforderung für das Finanzamt, aber es war auch für uns eine Herausforderung, sich darin zurechtzufinden. Vor allem in den GPK-Sitzungen, wo anhand der Budgetkontrollblätter ab Seite 345 gearbeitet wurde, denn in diesen Blättern fehlten die Kommentare zu den geänderten Positionen, was von der 1. Auflage zur 2. Auflage angepasst wurde. Dies als kleiner Hinweis, sollte je wieder ein Budget zurückgewiesen werden.

Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat seine Aufgabe aus dem Rückweisungsantrag absolut gehorsam erfüllt, ja sogar übererfüllt hat. Zu gehorsam, weil zum Beispiel die Investitionen in wichtige Zukunftsprojekte wie die Aussiedlung der Stadtbetriebe (Inv. 710) und die Arealentwicklung Gaswerkstrasse (Inv. 715) nicht einmal mit warnenden Kommentaren begleitet wurden. Da wünschen wir uns mehr Führungsstärke der Regierung.

Zur Übererfüllung: Bei den Honoraren an Dritte wurden 70'800 Franken mehr eingespart als verlangt. Die allgemeinen Kürzungen fielen um 68'700 Franken höher aus. Dazu kommen noch 174'800 Franken Mitnahmen aus geänderten Gegebenheiten wie eben dem erwähnten Zinsumfeld, angepasste Hochrechnungen etc. oder weitere Minderausgaben infolge der Kürzungen. Zusammen sind das total 313'500 Franken.

Wir kommen mit einigen Änderungsanträgen, die euch bereits im Vorfeld bekanntgegeben wurden. In den meisten Fällen sehen die Anträge, welche eine Budgeterhöhung fordern, im Gegenzug eine Kompensation vor. Dies, um die von der Ratsmehrheit im Rahmen des Rückweisungsantrags beschlossene Aufwandreduktion zu respektieren. Aber wir tragen das nicht in allen Fällen mit. Denn diese zusätzlichen Kürzungen von über 300'000 Franken müssen aus unserer Sicht nicht auch noch sein, wenn bei den Schwächsten der Gesellschaft, der freiwilligen oder ehrenamtlichen Arbeit gespart wird.

Der Budgetprozess soll aus unserer Sicht wenn nicht für das nächste Jahr, dann aber für das übernächste Jahr zeitlich früher starten.

Beim Steuerfuss sehen wir keinen Spielraum, dem Stadtrat die Gefolgschaft zu verweigern. Wir haben ein strukturelles Problem, welches mit solchen Spielchen, die notwendige Erhöhung wiederholt um ein Prozent zu senken, nicht besser resp. behoben wird. Die Abschreibungen von heute 5 Mio. Franken werden sich laufend erhöhen, wenn jährlich 12 Mio. Franken investiert

werden. Mit den geplanten Steuererhöhungen wird Frauenfeld keine Steuerhölle, aber Frauenfeld soll eine attraktive, lebenswerte Stadt bleiben und nicht zu Tode gespart werden.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich möchte mich im Voraus bei allen Personen bedanken, die es möglich gemacht haben, dass wir bereits heute über eine neue Auflage des Budgets 2024 befinden können. Unsere Fraktion ist etwas ernüchtert und hätte etwas mehr erwartet. Vieles wurde kurzfristig verschoben, ganz weggelassen oder einfach weniger investiert. Der Stadtrat stellt richtig fest, dass das nicht nachhaltig ist und dass aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Dies wollen wir an dieser Stelle nochmals klar und deutlich festhalten. Wir hoffen, dass der Stadtrat das Zeichen der Rückweisung des ersten Budgets richtig deutet und in den kommenden Budgets substanzielle Sparpotenziale ausfindig macht und dort den Sparstift ansetzt. Die Anträge, die wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, lehnen wir grossmehrheitlich ab, da mit den vorgeschlagenen Zahlen unser Anliegen massvoll umgesetzt worden ist. Antrag 1 mit einer dreiprozentigen Steuerfusserhöhung werden wir grossmehrheitlich zustimmen, verbunden mit der Hoffnung, dass nächstes Jahr auf eine Steuererhöhung verzichtet werden kann. Antrag 2 wird zugestimmt, Antrag 3 wird ablehnend zur Kenntnis genommen. Mit diesen nicht auf Franken und Rappen bezogenen Ausführungen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Gemeinderätin Parwin Alem Yar (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Ich möchte mich zunächst bei allen Beteiligten bedanken, die sich für die Überarbeitung des Budgets eingesetzt und uns innerhalb von kurzer Zeit eine neue Version vorgelegt haben. Ein besonderer Dank gilt auch den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unter erschwerten Bedingungen den Betrieb der Stadt aufrechterhalten haben. Sie leisten wertvolle Arbeit.

Bevor wir gleich zum eigentlichen Budget übergehen, möchten wir eine Anmerkung zur Ergänzung in Blau auf Seite 44 der Botschaft, die die Überprüfung und Anpassung des Aufgaben- und Leistungskatalogs der Stadtverwaltung als nachhaltigen Ansatz hervorhebt, tätigen. Diese Aussage fand in unserer Fraktion breite Zustimmung. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine klare Definition der Aufgaben sowohl im Rat als auch in der Verwaltung entscheidend ist, um langfristige Nachhaltigkeit sicherzustellen. Eine solche Klarheit reduziert nicht nur unnötigen Aufwand und Bürokratie, sondern verhindert auch Unsicherheiten hinsichtlich der Zuständigkeiten, was letztlich zu einer Effizienzsteigerung führt. Darüber hinaus bietet eine klare Definition der Aufgaben die Möglichkeit, Kosten zu sparen und die Ausgaben besser zu regulieren. Durch die gezielte Zuweisung von Ressourcen können unnötige Ausgaben vermieden und die Effizienz in der Verwaltung gesteigert werden. Dies trägt dazu bei, die finanzielle Situation langfristig zu stärken und die Mittel effektiver einzusetzen. Insgesamt unterstützen wir daher den Vorschlag, den Aufgaben- und Leistungskatalog der Stadtverwaltung und des Rats zu überprüfen. Wir hoffen, dass sich alle in diesem Fall der Notwendigkeit dieser Angelegenheit bewusst sind und wir diese gemeinsam angehen können. Kommen wir zum Budget.

Wir haben viele Änderungen und Kürzungen im Budget gesehen und auch viel diskutiert. Während die meisten Streichungen nachvollziehbar sind, erscheinen einige fragwürdig. So stellen wir zum Beispiel die Streichung des Anerkennungspreises, der die wertvolle Leistung der Freiwilligenarbeit würdigt, infrage, da dieser aus unserer Sicht unbedingt im Budget verbleiben sollte. Teilweise war es spannend, wofür Mittel gestrichen worden sind und was sich im Budget halten konnte. Sehen wir uns ein Beispiel an.

Für die aus unserer Sicht gut besuchte Schlossbadi wurden 15'000 Franken für Werbemittel budgetiert, aber bei den Kulturbeiträgen wurden Streichungen vorgenommen. Ich denke, dass Sie verstehen, dass das bei uns Fragen aufwirft. An dieser Stelle möchten wir Frau Stadträtin Regine Siegenthaler für Ihre Bemühungen bei der Suche nach Sponsoren für das Freiwilligenfest danken, das dadurch ermöglicht wird. Jedoch sollte es nicht notwendig sein, dass solche Veranstaltungen von Sponsoren abhängen. Wir sollten dafür Mittel aufbringen können, ebenso für andere Anlässe wie zum Beispiel die Jungbürgerfeier und den Tag der älteren Menschen.

Wir sind der Meinung, dass Steuergelder sinnvoll ausgegeben und investiert werden sollten. Wie unser Gemeinderatskollege Christoph Tobler im Dezember bereits betonte, müssen die Ausgaben besser kontrolliert werden, ohne Giesskannenprinzip, die Einnahmen müssen so erhöht werden, dass wir die notwendigen Investitionen tätigen und unsere Stadt somit vorantreiben können. Viele der jetzt gestrichenen Projekte sind lediglich aufgeschoben und werden in Zukunft wieder anfallen. Denken wir beispielsweise an das Gesamtkonzept für Freizeitanlagen und das Alterszentrum Park, für die momentan kaum finanzielle Mittel vorhanden sind.

Seit Dezember hat sich unsere Meinung bezüglich der Erhöhung des Steuerfusses nicht geändert. Wir halten diesen Schritt nach wie vor für notwendig. Am 29. November 2020 hat die Bevölkerung von Frauenfeld der Botschaft zum Neubau des Hallenbads mit einem deutlichen Ja zugestimmt. In der besagten Botschaft wurde auf der Seite 15 festgehalten, dass die Gegenstimmen des Gemeinderats verlangten, dass die steuerlichen Auswirkungen, sprich die Möglichkeit für eine Erhöhung von zwei bis drei Prozentpunkte des Steuerfusses für die Stimmbürger:innen besser aufgezeigt werden muss. Dies wurde umgesetzt, und die Stimmberechtigten von Frauenfeld stimmten trotzdem mit 75 Prozent Ja. Dieses klare Ergebnis zeigt, dass viele bereit sind, mehr Steuern zu bezahlen, wenn die Lebensqualität in Frauenfeld sich verbessert. Die SP-Fraktion unterstützt daher die beantragte Erhöhung des Steuerfusses um drei Prozentpunkte. Obwohl dies eine unbeliebte Massnahme ist, ist sie unabdingbar, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu gewährleisten und wichtige Projekte zu finanzieren. Die steigenden Ausgaben und der Investitionsbedarf erfordern ausreichend finanzielle Mittel. Es ist wichtig, dass wir diese Herausforderungen ernst nehmen und die notwendigen Schritte unternehmen, um die finanzielle Zukunft von Frauenfeld nachhaltig zu sichern und Ende dieses Jahres nicht wieder vor dem gleichen Problem zu stehen.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich dem Stadtrat für die wirklich rasche Überarbeitung und Wiedervorlage des zurückgewiesenen Budgets der Stadtverwaltung. Wir anerkennen, dass hier vonseiten der Stadt ein Effort geleistet wurde. Besonderer Dank gebührt dabei dem Finanzamt für die wirklich durchdachte Darstellung des überarbeiteten Budgets. Mit der Kennzeichnung sind die vorgenommenen Änderungen einfach nachvollziehbar, was die Arbeit des Gemeinderats zumindest aus meiner Sicht wirklich erheblich vereinfachte.

Nun nach dem Dank zum Inhaltlichen. Der Rückweisungsantrag wurde aus unserer Sicht korrekt umgesetzt. Damit ist es natürlich nicht getan. Inwieweit die vorgenommenen Budgetkürzungen sich dann auch tatsächlich in der Rechnung niederschlagen, wird sich noch zeigen. Grössere Bedenken haben wir aber insbesondere in Bezug auf die Nachhaltigkeit der vorgenommenen Anpassungen. Wenn die 2024 eingesparten Ausgaben nach dem Motto «aufgeschoben ist nicht aufgehoben» dann einfach in den Folgejahren anfallen oder in anderweitigen Mehrkosten resultieren, würde damit der Intention des Rückweisungsantrags nicht nachgegeben, nämlich der langfristigen Begrenzung bzw. Umkehr des Ausgabenwachstums. Die begrenzte Nachhaltigkeit der vorgenommenen Budgetkürzungen wurde auch vom Stadtrat erkannt, wobei in der Botschaft darauf hingewiesen wird, dass es nachhaltiger wäre, den Aufgaben- und Leistungskatalog der Stadtverwaltung zu prüfen und entsprechend anzupassen und zu bereinigen. Durchaus verständlich ist, dass dies bzw. eben auch eine tief gehende und dadurch vielleicht nachhaltigere Überarbeitung des Budgets in der kurzen Zeit seit dem letzten Dezember aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit nur begrenzt möglich war. Umso bedauerlicher ist es allerdings, dass dies nicht bereits im Hinblick auf die 1. Auflage des Budgets getan wurde, nachdem das ungebremste Ausgabenwachstum ja schon in den Vorjahren angeprangert worden war. Es ist jetzt so, wie es ist, die Vergangenheit kann man natürlich nicht mehr ändern. Aber wir haben hier die klare Erwartung, dass die Zeit bis zum nächsten Budget für eine grundsätzliche Überprüfung der Ausgaben genutzt wird, damit diese eben nicht nur kurzfristig, sondern auch nachhaltig begrenzt bzw. gesenkt werden können. In diesem Sinn nehmen wir dankend zur Kenntnis, dass der Auftrag umgesetzt und bildlich gesprochen die Wunde notdürftig verarztet wurde. Damit diese

Wunde dann aber nicht bei der ersten Belastung wieder aufreißt, braucht es ein bisschen mehr, da braucht es eine langfristige und umfassende Behandlung, und das ist unsere Erwartungshaltung gegenüber dem Stadtrat. Wir hoffen sehr, dass dieser Erwartung nachgelebt wird, damit solche Rückweisungsübungen nicht zur Normalität werden. Spass gemacht hat das sicher niemandem, trotzdem sind wir auch in der Retrospektive der Überzeugung, dass es der einzige richtige Schritt war.

Einerseits begrüßen wir natürlich die Ausgabenreduktionen, andererseits dürfte damit nun jeder und jedem klar sein, dass der Budgetbeschluss nie ein Selbstläufer sein wird und immer mit einer Ablehnung oder Rückweisung gerechnet werden muss, wenn nicht bereits bei der Erarbeitung des Budgets sorgfältig geprüft wird, welche Ausgaben wirklich nötig oder zumindest sehr sinnvoll sind und wo Einsparungen möglich sind. Mit diesem klaren Auftrag im Hinterkopf werden wir dem nun vorliegenden revidierten Budget für die Stadtverwaltung zustimmen. Allfällige Anträge, die ausschliesslich darauf abzielen, getätigte Kürzungen wieder rückgängig zu machen, werden wir zumindest mehrheitlich ablehnen. Dies nicht, weil wir uns per se freuen, dass an einen oder anderen Ort weniger Geld ausgegeben bzw. eben auch weniger investiert wird, sondern vor allem deshalb, weil es für uns nicht aufgeht, wenn wir dem Stadtrat zuerst den Auftrag geben, Kürzungen vorzunehmen und ihm dann, wenn er es tut, wieder einen Knüppel zwischen die Beine werfen. Wenn wir weniger ausgeben wollen, müssen wir das auch dort tun, wo es uns vielleicht weniger gefällt. Man kann nicht immer nur bei den anderen sparen und ebenso wenig kann man nicht sparen und einfach deshalb immer mehr bei der Bevölkerung holen.

Damit bin ich beim Steuerfuss angelangt. Wie ich bereits bei der Budgetdebatte im Dezember dargelegt habe, hat die Stadt unserer Meinung nach primär ein Ausgabenproblem. Wir wollen, dass weniger ausgegeben wird, statt das einfach immer mehr beim Volk geholt wird. In diesem Sinne stehen wir Steuererhöhungen grossmehrheitlich ja sehr kritisch gegenüber. Das gilt einerseits natürlich in Bezug auf die nun beantragte Steuererhöhung um drei Prozentpunkte, erst recht aber mit Blick auf die für die kommenden Jahre angekündigten weiteren Steuererhöhungen. Wie bereits im Dezember angekündigt, werden wir daher eine Reduktion der budgetierten Steuerfusserhöhung von drei auf zwei Prozentpunkte beantragen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Auf den Tag genau vor drei Monaten haben wir hier im Ratssaal das Budget beraten und den Entscheid getroffen, das Budget mit einem Sparauftrag zurückzuweisen. Erlauben Sie mir, die Dezembersitzung kurz Revue passieren zu lassen.

Es gab Voten im Rat, die sich im Zuge der Debatte im Ton vergriffen haben und das zu erwartende Mindestmass von Anstand und Respekt tangierten. Gegeizt wurde auch nicht mit persönlichen Vorwürfen an die Vertreter der FDP und anderer Parteien. Von fehlgeleiteter Steuerpolitik der bürgerlichen Mehrheit, von Scheinheiligkeit und gar Heuchelei war die Rede. Ich hoffe, dass die Art und Weise des sprachlichen Tiefgriffs ein rhetorischer Ausrutscher war und dies hier im Rat nicht zum Standard wird. Die im Nachgang zur Budgetdebatte in einer Fraktionserklärung der CH/GP/GLP geäusserten Vorwürfe an die FDP spiegelt nicht unsere Auffassung von Fairplay. Im Wissen darum, dass bei einer Fraktionserklärung keine Erwiderung möglich ist, wurde uns vorgeworfen, wir hätten die Arbeit der GPKs ins Leere laufen lassen. Das ist erstaunlich. Die GPK F&A, die sowohl für ihren Bereich als auch für alles andere für den Voranschlag verantwortlich zeichnet, hat das Budget 2024 abgelehnt. Hier von einem Ausscheren der Kommission zu sprechen, bedeutet das Verkennen ihres Entscheids. Klar festhalten möchte ich an dieser Stelle nochmals, dass die Rückweisung eine in der Gemeindeordnung rechtlich legitimierte Möglichkeit darstellt, als Legislative auf die Arbeit der Exekutive Einfluss zu nehmen. Wir fordern seit einiger Zeit auch von bürgerlicher Seite her, dass die Ausgaben der Stadtverwaltung nicht in diesem Tempo steigen dürfen, und sind auch nicht mehr bereit, das strukturelle Defizit der Stadt zu tolerieren. Wir reden also nicht mehr länger um den heissen Brei herum. Etwas Erhöhung hier, einige Kürzungen dort: Uns reicht das nicht mehr. Ohne die Rückweisung hätte das Karussell der Budgetdebatte einfach weitergedreht. Jetzt haben wir die Weichen neu gestellt. Einfach auf den

Punkt gebracht: Wir haben unsere Verantwortung als Parlamentarier wahrgenommen und unsere Arbeit gemacht. Mit der Rückweisung des Budgets haben wir mit den Mitteln, die uns als Parlament zur Verfügung stehen, Worten Taten folgen lassen. Eine politische Willensäußerung, die von der Mehrheit getragen wurde. Und es ist unser Ernst. Wir fordern gesunde Stadtfinanzen, und zwar nachhaltig gesunde Stadtfinanzen. Dieses Ziel erreichen wir, wenn wir die vom Sprechenden und Kollegin Widmer Gubler vor mehr als einem Jahr eingereichte Motion zur Prüfung des Aufgaben- und Leistungskatalogs der Stadtverwaltung hier im Rat gemeinsam erheblich erklären. Es ist erfreulich, dass wir hier von der SP bereits die geäußerte Unterstützung erhalten werden. Aber schliessen wir dieses Kapitel und schauen nach vorne.

Die Sicht durch die Frontscheibe ist umfassender als die in den Rückspiegel. An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat, den Ämtern und deren Leitern für die zügige Umsetzung des Auftrags danken. Speziell danken wir Reto Angehrn und seinem Finanzteam für die strukturierte und übersichtliche Aufbereitung der Unterlagen. Die geforderten Anpassungen bei den Personalkosten sowie bei den Büromöbeln und -geräten wurden umgesetzt. Bei den Honoraren im Konto 3132 wurden sogar 70'800 Franken mehr reduziert als gefordert. Die Vorgabe der allgemeinen Kürzungen von 800'000 Franken über alle Departemente fällt zwar tiefer aus als erwartet, der Stadtrat hat dies in der Botschaft begründet, unter anderem durch die Revision der Rückstellungen, dies aufgrund des reduzierten baulichen Unterhalts bei den Finanzliegenschaften sowie bei den Spezialfinanzierungen.

Bei den Investitionen hat der Stadtrat das Heft selbst in die Hand genommen und über das Mass des im Antrag formulierten Ziels die Priorisierung festgelegt. Insgesamt werden 1.8 Mio. Franken tiefere Investitionskosten ausgewiesen. Die geäußerte Kritik, der Stadtrat sei zu weit gegangen und übersteuere den Auftrag des Rückweisungsantrags, können wir nicht nachvollziehen. Der Stadtrat hat in seiner Medienmitteilung vom 8. Dezember 2023 Massnahmen zur Einhaltung des Haushaltsgleichgewichts angekündigt und dabei das Ziel formuliert, die Nettoinvestitionen auf 12 Mio. Franken zu beschränken.

Was uns bei den Investitionen fehlt ist, dass der Stadtrat eine klare Roadmap kommuniziert, wie der mittel- bis langfristige Plan aussieht. Exemplarisch verweise ich hier auf die kürzlich debattierten zwei Botschaften bei den Sportanlagen. Bei der Kaserne bereiten uns die geplanten Kosten von 1.7 Mio. Franken grosses Unbehagen. Es ist unbestritten, dass dieses Projekt zukunftsweisend sein kann. Es gibt interessante Beispiele in der Nähe wie das ehemalige Sulzerareal oder das ehemalige Maggi-Areal in Kemptal. Die Stadtkaserne kann sich im Herzen von Frauenfeld zu einer tollen Begegnungsstätte für Wirtschaft und Freizeit entwickeln. Was wir aber nicht verstehen ist, wie sich diese Investition letztlich rechnen wird. Zurzeit läuft die Kaserne unter dem Finanzvermögen. Für die Ertüchtigung in den nächsten fünf bis sieben Jahren sind erhebliche finanzielle Mittel notwendig. Dem Gemeinderat ist hier aus unserer Sicht ein Gesamtpaket vorzulegen. Die FDP wird zu diesem Thema noch aktiv werden.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Stadtrat die im Rückweisungsantrag geforderten Kürzungen im Budget 2024 umgesetzt hat. Ganz deutlich und klar halten wir an dieser Stelle aber auch fest, dass wir mit dem Stadtrat nicht einig sind, was das Plafonierungsniveau im Bereich des Personal- und Sachaufwands betrifft. Und auch nicht einverstanden sind wir mit den Steuererhöhungen und dem anvisierten Steuerfuss. Wir werden dem Budget, wie es vorliegt, zustimmen und den stadträtlichen Antrag zum Steuerfuss ablehnen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Eigentlich wollte ich heute gar nichts sagen, aber die Mailflut mit den Änderungsanträgen in den letzten Tagen hat mich dazu bewogen, doch noch meine Meinung kundzutun.

Der Stadtrat hat das Budget überarbeitet, und die GPKs haben ihre Arbeit gemacht. Jetzt liegt es an uns, zu beurteilen, ob der Auftrag der Rückweisung erfüllt ist oder eben nicht. Und ich glaube, dass wir uns darüber grossmehrheitlich einig sind, der Auftrag wurde erfüllt. Nun können

wir selbstverständlich wieder alles infrage stellen und die Priorisierung des Stadtrats und die Anträge der GPKs korrigieren. Wir sind ja schliesslich das Parlament. Und ja, es ist legitim, bereits gestellte oder angesprochene Anträge nochmals zu bringen. Nur frage ich Sie: Wozu benötigen wir dann die GPKs? Was war denn der Grundgedanke der Rückweisung? Aus meiner Sicht hat die Rückweisung nichts oder wenig mit Sparen zu tun. Es ging darum, nicht immer noch mehr auszugeben.

Es wird gesagt, dass die Korrekturen nicht nachhaltig sind. Da bin ich nicht ganz gleicher Meinung. Ein Teilbereich, nämlich die Nichtschaffung von zusätzlichen Stellen ist sehr wohl nachhaltig. Und anderes hätten wir im Antrag eben genau definieren sollen. Da erwarte ich dann nachhaltige Korrekturen für das nächste Budget.

In den letzten Tagen haben wir nun diverse Änderungsanträge erhalten. Wir werden über Erhöhungen oder Kürzungen von Beiträgen, über die Kultur, die Auslandhilfe, den Anerkennungspreis, die Bundesfeier und Werbemassnahmen debattieren. Wenn es die erste Beratung des Budgets wäre, hätte ich kein Problem, aber der Stadtrat hat priorisiert und die GPKs haben leicht korrigiert, um sage und schreibe 9000 Franken. Und es ist ja nicht so, dass wir dem Stadtrat seine Kompetenzen wegnehmen. Wenn er im Verlauf des Jahres etwas als wichtiger erachtet als etwas anderes, liegt es in seiner Kompetenz, dies anzupassen. Wichtig dabei ist, dass es für jede Mehrausgabe eine Einsparung gibt. Ich hoffe, dass diese Botschaft beim Stadtrat angekommen ist. Also schauen wir vorwärts und genehmigen das Budget in der vorliegenden Fassung. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir über Kleinstbeträge diskutieren, welche sogar in der Kompetenz einer Amtsleitung liegen.

Und einfach, dass ich es noch gesagt habe, auch das revidierte Budget macht mich nicht glücklich. Ich sehe aber weder für die Bevölkerung noch für die Verwaltung einen Mehrwert, wenn wir wieder korrigieren und ändern. Ich danke dem Stadtrat, der Verwaltung und den GPKs für ihre Arbeit und bin für die Zustimmung der durch die GPKs korrigierten Fassung. Ich werde daher alle Änderungsanträge, die das Budget betreffen, ablehnen und bitte Sie, dies auch zu tun.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im eigenen Namen: Ich habe jetzt mehrmals gehört, dass man nicht diskutieren will, weil die Beträge zu klein sind, weil man keine Zeit hat oder keine Lust oder weil man etwas schon beschlossen hat. Tatsache ist ja, wir haben all das Material nicht durchdiskutiert. Wir haben das Budget zurückgewiesen und haben jetzt eine neue Version, und ich finde es vollkommen legitim und auch nötig und wichtig, dass man einzelne Änderungen diskutieren, anschauen, besprechen und seine Meinung äussern kann. Ich finde es falsch, wenn man das alles pauschal ablehnen will, weil man sich der Diskussion nicht stellen möchte.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die Würdigung des Budgets, die Sie mit Ihren Voten gezeigt haben. Wenn ich das so wahrnehme, dann habe ich das Gefühl, die Unzufriedenheit ist gleichmässig verteilt. Das führt mich dann zum Schluss, dass wir wohl wahrscheinlich bei dieser Überarbeitung vieles richtig gemacht haben. Wir hatten einen Auftrag, geschätzter Gemeinderat Roman Fischer, es war eine Mehrheitsentscheidung. Ich verstehe das dann so, dass wir als Exekutive, obwohl wir höher oben sitzen, der Legislative eigentlich unterstellt sind, dann diesen Auftrag ausführen und es Ihnen wieder als Legislative obliegt, das allenfalls zu korrigieren, was Sie denken, was wir über- oder untererfüllt hätten. Deshalb bin ich gespannt auf die Anträge, die wir bereits zum Teil kennen.

Zum Teil wäre auch mehr erwartet worden. Gemeinderat René Gubler hat gesagt, es wäre schön, es wäre noch weiter gegangen. Ja, das war in dieser Zeit nicht so möglich.

Und dann sind wir beim Thema Aufgaben. Da müssen wir aufpassen. Es wurde von der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung gesprochen und dann wurde ja recht schnell auch wieder von den Ausgaben gesprochen. Das ist genau unser Problem. Wir haben ein Budget oder eine Rech-

nungslegung, die auf Ausgaben fokussiert ist. Auf Einnahmen natürlich auch, aber auch auf Ausgaben. Und die Aufgaben, die dahinterstehen, verschwinden dahinter. Die verschwinden in verschiedenen Konten. Freiwilligenarbeit wurde genannt, dass sogar die Freiwilligenarbeit als schwächstes Glied, da bin ich mir nicht so sicher, unter dieser Überarbeitung gelitten habe. Wenn wir jetzt dieses Thema aus Sicht der Aufgabenüberprüfung anschauen und sagen, wir müssen hier sparsam werden, zum Beispiel bei der Freiwilligenarbeit, man könnte noch andere Beispiele aufführen, dann werden wir priorisieren müssen. Und dann werden wir hinschauen müssen, ob es jetzt sinnvoll ist, zum Beispiel eine Feier zu machen, zu der wir Hunderte einladen können – Freiwilligenfest – oder ob wir Vereine, Sport- und Kulturvereine und Institutionen mit Beiträgen in die Breite unterstützen, oder ob wir einmal im Jahr jemanden von diesen vielen Hunderten, Tausenden für einen Anerkennungspreis herauspicken. Das sind dann Diskussionen, die uns bevorstehen. Ich sage das deshalb, weil Sie merken, solche Diskussionen machen wir nicht einfach mit einem Klacks oder einem Fingerschnippen. Das sind weitreichende Diskussionen.

Diese – ich nenne es höchst ungern – Leistungsüberprüfung erinnert mich an die LÜP des Kantons. Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Saal wissen, das war eine lange Übung, mehrjährig, das machen wir nicht einfach aufs nächste Budget hin. Da muss ich sie gleich jetzt enttäuschen, das ist ein Prozess, der muss über die Jahre gehen und dann müssen wir dranbleiben. Diese Aufgaben und Leistungen anzuschauen, heisst eben den Blick weg von dem, was wir jetzt machen. Weg von den einzelnen Konten und dem Mikromanagement hin zu grossen Bildern, und das ist eine Riesenaufgabe. Wir wollen sie anpacken. Wir hatten schon einmal einen Vorstoss in diese Richtung im Rat, damals hat man sich vor dieser riesigen Aufgabe noch ein bisschen gescheut. Aber diese Aufgabe steht uns bevor, und die kann der Stadtrat nicht allein machen, die müssen wir gemeinsam machen. Natürlich, wir wollen sie initiieren, aufgleisen, die Fragen stellen, aber die Antworten müssen wir gemeinsam finden, und das wird eine Herkulesaufgabe, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Deshalb ist dieses Budget, wie wir es jetzt haben, ein überarbeitetes Budget. Ein Budget, das diese Nachhaltigkeit noch nicht aufzeigen kann. Nichtsdestotrotz, Gemeinderat Roland Wyss hat darauf hingewiesen, hat es durchaus Streichungen drin, die natürlich nicht nur dieses Jahr wirken, sondern auch in den Folgejahren.

Wir werden also hinschauen. Wenn wir die vier Hebel, die ich aufgezählt habe, anschauen und hören, dass die zum Teil auch ein bisschen kritisch hinterfragt werden, ist es unsere Aufgabe als Stadtrat, in alle Richtungen zu schauen und eine mehrheitsfähige Lösung hinzukriegen. Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier dürfen das dann aus Ihrer Sichtweise heraus natürlich kritisieren, aber wir müssen aus unserer Sicht an allen vier Hebeln arbeiten, wir können nicht nur einen Hebel nehmen. Ich sage ganz salopp, nicht nur die Steuern einfach um 20 % erhöhen und weiter fröhlich Geld ausgeben. Das geht so wenig, wie dass wir einfach die Verwaltung um 100 Mitarbeitende kürzen und dann weniger Ausgaben haben, aber die Arbeit bleibt liegen. Das geht beides nicht, wir müssen an allen Hebeln arbeiten. Und deshalb wird eben diese Aufgaben- und Leistungsüberprüfung notwendig sein.

Das strukturelle Defizit wurde mehrfach genannt. Das ist etwas, was wir in der Vergangenheit immer wieder diskutiert haben. Einige hier im Saal haben auch schon gesagt, wir haben kein strukturelles Defizit, andere haben gesagt, wir haben eines. Eines ist jedenfalls sicher, wir haben immer eine Abweichung zwischen Budget und Rechnung. Sie wissen, wovon ich spreche, diesmal ist sie ein bisschen sehr gross, das war sie aber in der Vergangenheit auch immer wieder. Wie gesagt nicht nachhaltig, nur Buchgewinn. Aber mit dieser Diskrepanz leben wir immer, das ist so ein Hin und Her. Die Rechnung sieht dann schön aus, man ist beruhigt, und dann kommt das Budget, der grosse Hammer und dann ist man wieder wach. Das müssen wir ablegen. Wir müssen über alle zwölf Monate hinweg immer dranbleiben und die Aufgaben, die Ausgaben hervorrufen, immer kritisch im Auge behalten. Dazu liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte brauchen wir Sie.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Ich habe es angekündigt, ich habe in meinem einleitenden Votum dargelegt, dass Frauenfeld zumindest unserer Auffassung nach primär ein Ausgabenproblem hat. Und da muss angepackt werden, nicht beim Steuerzahler. Das Ausgabenwachstum soll eingedämmt oder umgekehrt werden und nicht einfach durch Steuererhöhungen aufgefangen werden.

Die Stadt selbst hat zum Ziel ausgegeben, dass sie für steuerkräftige Personen und Firmen mit hoher Wertschöpfung attraktiv bleiben will, und mit steten Steuererhöhungen erreicht man das sicher nicht. Im Gegenteil, es ist illusorisch zu meinen, dass man am Steuerfuss beliebig herumschrauben kann und die einzige Konsequenz eine proportionale Zu- oder Abnahme des Steuerertrags bleibt. Mit weiteren Steuererhöhungen steigt zwar die Belastung des einzelnen, die Steuerkraft insgesamt wird aber irgendwann langfristig abnehmen. Mit Blick auf die Stadtfinanzen können solche Massnahmen somit schnell einmal kontraproduktiv sein. Primär geht es uns aber wie gesagt darum, dass erst einmal weniger ausgegeben wird, bevor man mehr beim Volk holt. Da gilt es auch, daran zu erinnern, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schon jetzt von allerlei Mehrkosten geplagt werden: Teuerung, Mietzinserhöhungen, steigende Krankenkassenprämien usw., wir alle kennen das, wir alle sind zumindest in Teilen davon betroffen. Und mit höheren Steuern muss der Gürtel dann noch enger geschnallt werden. Statt bei der Bevölkerung machen wir das doch lieber bei der öffentlichen Hand. Nicht zuletzt aus realpolitischen Überlegungen halten wir uns zurück und beantragen eine Erhöhung des Steuerfusses statt um drei Prozentpunkte lediglich um zwei Prozentpunkte auf 64 Prozent.

Dieser konkrete Antrag betrifft damit den Antrag 1 der Botschaft, der wie folgt anzupassen wäre: «Die Steuerfussanpassung um zwei Steuerprozent von 62 auf 64 Prozent wird genehmigt.»

Abgesehen von den genannten Gründen entspricht dieser Antrag auch einer gewissen Logik. Vor einem Jahr wollte der Stadtrat den Steuerfuss um drei Prozentpunkte erhöhen und hat für 2024 eine weitere Erhöhung um zwei Prozentpunkte in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat hat damals die Erhöhung auf Antrag unserer Fraktion um einen Prozentpunkt reduziert, und genau dieses eine Prozent wird nun auf die ursprünglich geplante Erhöhung um zwei Prozentpunkte ab 2024 wieder draufgepackt. Der letztjährige Entscheid würde damit faktisch rückgängig gemacht, und das wollen wir nicht. Insofern handelt es sich auch nicht um ein Spielchen mit wiederholten Anträgen, die Steuern jedes Jahr weniger zu erhöhen. Es geht da wirklich auch um die Bestätigung des Beschlusses aus dem Jahr 2022. Ich hoffe, das sieht eine Ratsmehrheit gleich, und bedanke mich an dieser Stelle für die Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Gemeinderat Beda Stähelin hat einen Änderungsantrag zu den stadträtlichen Anträgen gestellt. Wir werden über den Änderungsantrag der Fraktion Die Mitte/EVP, der die Steuererhöhung von drei Prozentpunkten auf zwei Prozentpunkte begrenzen möchte, bei den stadträtlichen Anträgen abstimmen. Gibt es dagegen Einwände? – Somit können weiter Bemerkungen oder Anträge zum Antrag 1 der Botschaft, der den Steuerfuss behandelt, abgegeben werden.

Gemeinderat Elio Bohner (Ch), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ja, der Antrag war angekündigt, wir haben uns das gut zu Gemüte und auch einige Gespräche dazu geführt, und ich möchte gern in der Öffentlichkeit einmal eine Rechenveranstaltung anstellen, weil ich das doch irgendwie spannend finde.

Und zwar rechnen wir mal: Aktuell sieht unser Budget jährlich 5 Mio. Franken Abschreibungen vor. Das ist eine relativ konstante Zahl, die steigt seit ein paar Jahren aber auch relativ konstant an. Das hat Gründe. Und zwar ist der Grund recht einfach. Die Abschreibungen müssen langfristig mit den Investitionen übereinstimmen. Das ist simple Mathematik, nichts anderes. Das hat damit zu tun, weil man in der Vergangenheit spannende Abschreibungspraktiken, die heute nicht mehr erlaubt sind, vorgenommen hat und somit einfach die Last auf andere Schultern verteilt hat. Was heisst das konkret? Wir schieben aktuell jährlich 7 Mio. Franken auf die kommen-

de Generation. Was heisst das? 7 Mio. Franken sind zehn Steuerprozent. Zehn, nicht drei, nicht 15, sondern es sind zehn Steuerprozent. Das ist das, was wir aktuell jedes Jahr vorwärtsschieben. Gut, das haben wir so festgelegt.

Wir kommen von einem Steuerfuss von 80 Prozent, und verstehen Sie mich richtig, da will, glaube ich, niemand wieder hin. Ich hoffe es. Davon ist aber gar nicht die Rede. 80 Prozent wären 18 Steuerprozent. Vorher zehn, jetzt 18. Okay, wir bleiben bei den zehn. Die vorgeschlagenen drei Prozentpunkte, von mir aus, sie können gern auf das Budget verweisen, der Finanzplan sieht etwas mehr vor, das ist mir bewusst, das ist von gewissen Seiten übrigens auch so gefordert, es könnte ich gewesen sein, aber auch die sieben Prozentpunkte entsprechen noch nicht den zehn, die wir vor uns herschieben. Es ist nun so, Frauenfeld ist aktuell und auch mit diesen drei Prozentpunkten nach wie vor beim Steuerfuss ganz okay dabei. Es ist nicht absurd hoch. Es ist nicht so, dass wir irgendwo bei den anderen Gemeinden davonziehen und dann plötzlich lustig hohe Steuerfüsse haben, das ist nicht der Fall. Sie sind konkurrenzfähig. Und über die Städte im Kanton Thurgau mit Zentrumslasten haben wir ausführlich gesprochen, hier gern noch mal den Aufruf an die Kollegen im Kantonsrat, dagegen könnte man etwas tun.

Wir sind aber nicht nur in Sachen Steuerfuss, wir sind auch in Sachen Angebot spannend als Stadt Frauenfeld. Und die Ausgaben werden ja angegangen, das haben wir gerade gehört, wir haben es festgelegt, das ist nachvollziehbar, soweit möglich auch im Finanzplan drin.

Attraktivität als Stichwort, und das ist ganz wichtig. Das ist ein entscheidender Punkt. Diese ist nicht zuletzt durch vergangene Investitionen entstanden. Vergangene Investitionen, die – Achtung – beim Steuerfuss 80 Prozent vor etwa 20 bis 40 Jahren getätigt wurden. 20 bis 40 Jahre, wenn Sie die Abschreibungssätze anschauen, das ist etwa diese Zeit, in der jetzt diese Investitionen abgeschrieben sind oder abgeschrieben werden müssen, weil sie erneuert werden müssen. Das ist der Sinn von Abschreibungen. Und der Sinn von Abschreibungen hat, das ist kein Zufall, nun wieder zugeschlagen. Wir haben vor kurzem die Badi wieder in Betrieb genommen, zwei Steuerprozent zusätzlich, okay. Da kommt noch mehr, weil wir eine attraktive Stadt bleiben müssen. Leute ziehen nicht nur zu, weil wir einen günstigen Steuerfuss haben, dafür können sie in anderen Gemeinden oder andere Kantone ziehen, das wissen wir alle. Entschuldigung, wenn ich so deutlich bin. Und wir müssen auch attraktiv bleiben. Wir können nicht unsere städtische Infrastruktur in die Marodie treiben, das geht nicht, zumindest ist das nicht in meinem Sinn. Und ich bitte Sie, seien Sie an dieser Stelle auch klar und deutlich für ein attraktives Frauenfeld, und da bleibt uns nichts anderes übrig als vernünftig und notwendig, und wenn wir auf den Betrag im Budget schauen, dann ist das notwendig, die Steuern zu erhöhen. Konkret: Bitte belassen Sie den Steuerfuss bei drei Prozentpunkte Erhöhung und somit auf 65.

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im eigenen Namen: Kollege Elio, sieben, 18, 20 40 hin und her – okay. Also die Situation ist doch ganz einfach. Ich gehe mit einem Kollegen seit Jahren immer wieder mal ein Bier trinken, nur irgendwann beginnt mein Kollege mir vorzujammern, hmm, mit dem Budget und das Geld und könnte ich ihm das jetzt vielleicht bezahlen, das wäre doch ganz toll. Nun gut, dieses Jahr gehe ich mit meinem Kollegen wieder ein Bier trinken und er bestellt noch Pommes und erzählt mir, jetzt habe er da tolle Gewinne auf seinen Liegenschaften gemacht. Ich mache grosse Augen, ich habe keine Liegenschaft, aber ich habe dir immer das Bier bezahlt. Ja, wie wäre denn das, wenn wir mal diese Liegenschaften veräussern würden und Liquidität schaffen würden? Und hört hört, wer hätte gedacht, dass jemand von der FDP mit der SP so einig geht? Wir müssen in der Verwaltung Effizienz erzielen. Digitalisierung, Aufgabenüberprüfung führt zu Effizienz, so können wir den Sachaufwand mindern. Wir müssen doch nicht auf der Einnahmenseite schrauben, wir müssen auf der Ausgabenseite tätig werden, da stimme ich mit Kollege Beda Stähelin total überein. Und was vor 40 Jahren investiert wurde – wir leben im Jahr 2024. Vielleicht ist, was vor 40 Jahren attraktiv war, nicht mehr attraktiv. Und dann gibt es eine Binsenweisheit. Steuererhöhungen führen nie, aber gar nie zu mehr Steuersubstrat. Wir alle hier im Saal möchten doch ein Frauen-

feld, das attraktiv ist, das lebenswert ist, also bitte unterstützen Sie den Antrag von Kollege Beda Stähelin und stimmen Sie einer Steuererhöhung von drei Prozentpunkten nicht zu.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die FDP unterstützt den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP zum Steuerfuss mehrheitlich. Es gab sehr wohl Diskussionen in der Fraktion, wie die anstehenden Investitionen zu finanzieren sind. Ich unterstütze, was Kathrin Widmer Gubler gesagt hat. Wir reden immer von Attraktivität, das ist immer eine Frage der Definition. Es wurde auch auf das Budget hingewiesen. Wir dürfen hier aber nicht vergessen, dass das Defizit von 3.2 Mio. Franken massgeblich durch die Ausgaben der Kaserne verursacht wird, und diese Ausgaben dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Vorleistungen sind, nämlich die Kaserne auf Vordermann zu bringen. Und diese Aufgaben tragen per se zwar zum Defizit bei, aber nicht zum strukturellen. Und dieses Geld ist wieder hereinzubringen, und zwar mit Einnahmen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der Stadtrat hat diesen Antrag auf Erhöhung um drei Steuerprozentente durchaus mit Bedacht gemacht. Es wurden auch schon höhere Erhöhungen diskutiert. Wir haben in unserer Finanzstrategie bewusst das Wort Steuerertrag geschrieben und den Steuerertrag als einen der Hebel mit 55 Mio. Franken festgesetzt. Das ist natürlich immer noch wesentlich höher, als wir ihn bisher hatten. Allerdings, Sie werden es dann sehen, kommen wir näher und im Budget haben wir diese Annäherung auch schon festgehalten mit knapp 50 Mio. Franken Steuerertrag prognostisch für 2024. Wir sind uns eben auch bewusst, dass die Attraktivität, das haben Sie jetzt auch mehrfach bestätigt, sich aus verschiedenen Teilen zusammensetzt. Der Steuerfuss ist sicher einer der Teile. Vor allem für jene, die mit grossen Geldbeutel und der Löhne hier wohnen. Für jene wohl viel eher als für andere. Auch wegen der Progression schlägt es dort mehr zu Buche. Und auch auf diese guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind wir wesentlich angewiesen. Auch, nicht nur, aber auch. Der Steuerfuss trägt also sicher zur Attraktivität bei, und da müssen wir immer mit Bedacht hinschauen. Aber es tragen auch andere Sachen zur Attraktivität bei, zum Beispiel Wohnraum an schönen Orten wie zum Beispiel an der Murg, wie zum Beispiel dort, wo jetzt ein Busdepot steht oder ein Werkhof. Solche Orte sollen nicht mit solchen Gebäuden genutzt werden. Historisch verständlich. Die Murg war früher eine stinkende Kloake, und das ist noch nicht so furchtbar lange her. Leute hier im Raum haben die Murg noch grün, blau und rot in Erinnerung, wie sie jeweils von der Ledergerbe herkam. Jetzt kann man an ihr wohnen, und es entsteht je länger je mehr attraktiver Wohnraum dort, und das gehört mit zur Attraktivität. Schulen gehören mit zur Attraktivität, Freizeit, Kultur und Sport gehören mit dazu. Begegnungsorte wie zum Beispiel eine Kaserne, eine ungenutzte Kaserne im Übrigen, gehören mit zur Attraktivität. Und das braucht auch Investitionen, und dort haben wir das Thema. Unser Problem ist vielleicht ein Ausgabenproblem, aber es ist vor allem ein Liquiditätsproblem. Deshalb brauchen wir Geld. Das Geld können wir, das hat Kathrin Widmer Gubler richtig festgestellt, auch auf andere Weise als über die Steuern wie zum Beispiel über Liegenschaftsverkäufe generieren, und das ist auch immer eine Option, die allerdings hier im Rat dann kontrovers diskutiert wird. Aber auch solche Sachen müssen wir ins Auge fassen. Wir haben in der Vergangenheit auch solche Vorschläge gemacht, und die Bevölkerung hat uns das dann abgelehnt. Casinoabstimmung letztes Jahr: 14 Mio. Franken, das wäre eine hilfreiche Liquiditätsspritze gewesen. Wir sind auf solche Einnahmen angewiesen, denn das zeigen die Kennzahlen. Die Kennzahlen sprechen eine eindeutige Sprache, insbesondere der Selbstfinanzierungsgrad. Wir müssen in diesem Bereich Einnahmen generieren, und dazu gehört auch der Steuerfuss, und deshalb wollen wir diesen um jene drei Prozentpunkte erhöhen, die wir bereits letztes Jahr wollten. Richtig, Gemeinderat Beda Stähelin, dort wurde uns das auf zwei Prozentpunkte gekürzt. Jetzt kommt es natürlich wieder und es kommt zu einem Zeitpunkt, wo wir die Rechnung entsprechend auch mehr belasten mit den Finanzierungsbeiträgen, die wir im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Badi haben mit den Abschreibungen, die dort anfallen, und den Zinsen, die dort anfallen. Das müssen wir finanzieren. Wir haben das damals in der Botschaft, Gemeinderätin Parwin Alem Yar hat es richtigerweise angesprochen, insofern angekündigt, als wir gesagt haben, das kann zu einer Steuerfusserhöhung führen. Wir haben nicht

gesagt, das ist automatisch damit verbunden, aber es kann. Und ja, das «Kann» wollen wir jetzt einlösen mit der Erhöhung um drei Prozentpunkte. Wir bitten Sie, diesen Antrag zuzustimmen.

Register 2: Investitionsrechnung.

Keine Wortmeldungen.

Register 3: Erfolgsrechnung zum Budget 2024 der Stadt.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Grundlage für die Diskussion ist die Budgetvorlage des Stadtrats in der Version 2 sowie die Änderungsanträge der GPKs.

Departement 1 für Finanzen und Zentrales

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration hat die 2. Auflage des Budgets der Stadtverwaltung für das Jahr 2024 in zwei Sitzungen in Anwesenheit des Stadtpräsidenten Anders Stokholm und des Leiters Finanzamt, Reto Angehrn, beraten. Gern erstatte ich zur Detailberatung betreffend das Departement für Finanzen und Zentrales in der gebotenen Kürze wie folgt Bericht:

Bekanntlich handelt es sich vorliegend nicht um ein neues, sondern um ein überarbeitetes Budget, eben um die 2. Auflage des Budgets 2024, das die GPK in seiner Gesamtheit bereits Ende 2023 durchberaten hatte. Die GPK beschränkte sich deshalb bei der Detailberatung dieser 2. Auflage aus Effizienzgründen im Wesentlichen auf die gegenüber der ersten Budgetfassung vorgenommenen Änderungen. Die entsprechende Detailberatung erfolgte daher entlang der Gesamtübersicht ab Seite 436 im Register 7 des Budgetordners. Im Folgenden beziehe ich mich auf die entsprechenden Seitenzahlen und Kontoangaben am genannten Ort.

S. 440: 3130.12

Ein GPK-Mitglied bedauerte die Streichung des mit 20'000 Franken dotierten Anerkennungspreises und beantragt eine Wiederaufnahme der entsprechenden Budgetposition im Betrag von 10'000 Franken. Von Seiten des Stadtpräsidenten wird darauf hingewiesen, dass die Nachfrage gering und es entsprechend auch nicht ganz einfach sei, potenzielle Preisträgerinnen oder Preisträger zu finden. Die GPK lehnte den Antrag in der Folge mit 3 Nein- zu 2 Ja-Stimmen ab.

S. 452/453: 3636.01.02 ff.

Ein GPK-Mitglied erachtete die Kürzungen bei den wiederkehrenden Beiträgen für Kulturinstitutionen um pauschal fünf Prozent bzw. total 23'500 Franken als weder sinnvoll noch lohnenswert und beantragt, dass die Streichung rückgängig gemacht wird. Die GPK lehnte diesen Antrag mit 3 Nein- zu 2 Ja-Stimmen ab.

S. 453: 3636.01.78

Ein GPK-Mitglied findet es falsch, dass Auslandsreisen höher gewichtet werden als das lokale Kulturschaffen. Das Budget für die Beteiligung an den Reisekosten für Frauenfelder Vereine in die Partnerstadt Kufstein sollte daher von 3000 Franken auf 1000 Franken gekürzt werden. Der entsprechende Antrag wurde von der GPK einstimmig angenommen.

Weitere Anträge betreffend einzelne Budgetpositionen wurden nicht gestellt. Zu Diskussionen Anlass gab aber noch die Verschiebung des Mitsommerfests. Es wurde darauf hingewiesen, dass auch aufgrund entsprechender Medienberichte in der Bevölkerung die falsche Annahme verbreitet sei, dass die Verschiebung des Mitsommerfests eine Folge der Budgetrückweisung bzw. des

aktuell fehlenden rechtskräftigen Budgets sei. Der GPK ist es ein Bedürfnis, an dieser Stelle zu betonen, dass dem nicht so ist, dass also die Verschiebung des Mitsommerfests keine Folge der im Dezember 2023 erfolgten Rückweisung des Budgets für das Jahr 2024 ist.

Nach der Erfolgsrechnung hat die GPK die Finanzkennzahlen ab Seite 277 im Budgetordner näher beleuchtet. In diesem Zusammenhang kam die Frage auf, wieso sich die Steuerkraft im Vergleich zur 1. Auflage des Budgets 2024 verschlechtert habe. Der Leiter Finanzamt erklärte dies mit einer Verschiebung zwischen den Quellensteuereinnahmen und den ordentlichen Steuern in der neuen Prognose sowie mit Ungewissheiten bei den juristischen Personen. Er wies zudem darauf hin, dass das Bevölkerungswachstum nur bedingt mit der Steuerkraft zu tun habe. Das Steuersubstrat könne steigen, aber die Steuerkraft abnehmen, wenn viele schlechte Steuerzahler zuziehen. Dieser Hinweis leitete über zur Steuerfussdiskussion.

Mit dem Hinweis darauf, dass Steuererhöhungen auch einen negativen Einfluss auf die Steuerkraft haben können, beantragte ein GPK-Mitglied die Reduktion der vom Stadtrat beantragten Steuerfusserhöhung um drei auf lediglich zwei Prozentpunkte. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde dieser Antrag von der GPK mit 4 Nein- zu 2 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

In der Schlussabstimmung stimmte die GPK dem Budget für das Jahr 2024 betreffend das Departement für Finanzen und Zentrales einstimmig und der beantragten Steuerfusserhöhung um drei Prozentpunkte mehrheitlich mit 5 Ja- zu 2 Nein-Stimmen zu.

S. 114: 1415 bis 3130.00

Gemeinderätin Parwin Alem Yar (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Aufgrund von Rückmeldungen aus der Bevölkerung stellen wir den Antrag, die Bundesfeier bei der Rüegerholzhalle wieder zu veranstalten und die im Budget 2023 gestrichenen 10'000 Franken im Konto 1415 bis 3130.00 auf der Seite 114 wieder zu budgetieren.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der Stadtrat hat diese Kürzung bereits im ersten Budget vorgenommen gehabt und jetzt auch im zweiten wieder. Wir haben eine Bundesfeier im Alterszentrum Park am 1. August. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir diesen öffentlichen Auftrag, wenn man so will, im weiteren Sinn durchaus wahrnehmen. Die Bundesfeier in der Rüegerholzhalle hat ja eine Geschichte. Diese Geschichte hat durchaus mit meiner Partei zu tun. Es gab einmal einen Augustfunken, der offenbar von der FDP gegründet wurde. Das habe ich mir sagen lassen, damals war ich noch nicht in Frauenfeld ansässig. Er wurde dann irgendwann von der Stadt übernommen, und wir haben ihn dann hinunterverlegt zur Rüegerholzhalle. Man kann sagen, die war immer recht gut besucht, aber es ist mit viel Aufwand verbunden für die Vorbereitung. Es gibt viel Personalaufwand, das zeigt sich in diesen 10'000 Franken nicht, die wir eingestellt haben. Es ist das Amt für Kommunikation und Wirtschaftsförderung, welches in diesem Bereich vor allem Vorbereitungsarbeiten trifft. Wir sind der Meinung, dass das ein Beitrag zum Sparen ist, der über diese 10'000 Franken hinausgeht. Es ist auch eine Effizienzsteigerung.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir möchten die fünf Prozent Kürzung der Kulturbeiträge rückgängig machen und präsentieren Ihnen einen, in vier Positionen zusammengefassten, neutralen Budgetantrag.

Der erste Teil betrifft das Amt für Kultur 1310 auf den PDF-Seiten 92. Hier beantragen wir, dass die Position 3632.03 Beitrag an die Jugendmusikschule Frauenfeld auf 90'000 Franken gesetzt

wird und die Position 3636.01 Beiträge Kultur auf 665'000 Franken gesetzt wird. Das gibt zusammen eine Differenz zum Budget von + 28'000 Franken.

Im Gegenzug soll beim Sozialraum 1414, PDF-Seite 96 die Position 3130.00 Dienstleistungen Dritter diverse auf 22'000 Franken gesetzt werden und die Position 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten auf 6'000 Franken. Das wäre zusammengefasst eine Kürzung von 28'000 Franken, was in der Summe dann null gibt.

Diese Kürzung macht auch den Entscheid der GPK Finanzen und Administration gemäss lachs-farbenem Papier bei der Position 3636.01.78 im Amt für Kultur Beitrag an die Reisekosten der Vereine nach Kufstein wieder rückgängig, dies einfach zur Information.

Begründung: Alle Vereine und Institutionen, die von der linearen Fünf-Prozent-Kürzung der Kulturbeiträge betroffen sind, arbeiten ganz oder grösstenteils ehrenamtlich. Die gekürzten Gelder von 23'500 Franken in diesem Bereich zum Beispiel mit Kuchenverkäufen zu kompensieren, wäre wohl mit über 300 notwendigen Kuchen ein sehr grosser Zusatzaufwand. Zu erwähnen in diesem Zusammenhang ist auch die unangetastete Subvention des kommerziellen Open-Airs mit 13'000 Franken für die Trinkwasserabgabe, welche bei 160'000 Besuchern ein Ticket um weniger als 10 Rappen verteuern würde. Hier fordern wir gleich lange Spiesse. Die Jugendmusikschule entspricht zwar nicht den Kriterien der ehrenamtlichen Arbeit, aber hier zulasten unserer Jugend zu sparen, finden wir kein gutes Zeichen.

Die Kürzungen beim Sozialraum betreffen vor allem die Quartierentwicklungsstrategie. Die Wirkung und Ergebnisse des Sozialraums und der Quartierentwicklungsstrategie im Speziellen sind für uns zu wenig sichtbar und konkret. Wo es hier klemmt, ist uns nicht klar. Aber eine Reduktion oder Verschiebung der Ausgaben um ein Jahr scheint uns vertretbar. Das betrifft ausschliesslich die Auftragsvergabe gegen aussen an Dritte. Die Personalkosten tasten wir nicht an. Hier wünschen wir uns mehr Wirkung und sichtbare Resultate oder mindestens klare Ziele und Pläne, bevor weitere Zehntausende von Franken gesprochen werden.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Gemeinderat Roman Fischer hat den Antrag gestellt, im Amt für Kultur die Beiträge um 28'000 Franken aufzustocken und gleichzeitig im Sozialraum die Dienstleistungen Dritter sowie Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. im gleichen Umfang zu streichen. Dieses Vorgehen ist abgesprochen. Unser Geschäftsreglement führt in Art. 52 Abs. 1 aus, dass bei Vorlagen, die in verschiedene Teile zerlegbar sind, in der Regel über jede Teilfrage getrennt abzustimmen ist. Dies betrifft aber aus meiner Sicht die Vorlagen, sprich in diesem Fall die Botschaft des Stadtrats. Art. 30 der Geschäftsordnung des Grossen Rats wie auch Art. 78 des Parlamentsgesetzes besagen, dass dem Begehren bzw. dem Verlangen auf Teilung bei teilbaren Abstimmungsfragen zu entsprechen sei. Ich werde deshalb den Antrag grundsätzlich als Ganzes zur Abstimmung bringen, dies auch bei weiteren solchen zusammenhängenden Anträgen. Falls jemand damit nicht einverstanden ist, müssten Sie die Aufteilung explizit verlangen. Dazu reicht ein einfaches Votum mit dem entsprechenden Inhalt nach dem gestellten Antrag und natürlich vor der jeweiligen Abstimmung. Ist allen klar, wie das gemeint ist? Erhebt gegen dieses Vorgehen als Ganzes jemand Einwände?

Keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen.

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen (Die Mitte), Referentin im eigenen Namen: Kultur in Form von Musik, Theater, Kunst und Geselligkeit ist von unschätzbarem Wert für die Gesellschaft. Viel ehrenamtliche Arbeit sowie nur schon das Mitmachen in Vereinen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Für viele Menschen in Frauenfeld sind Vereine nicht nur Orte der gemeinsamen Interessen, sondern auch geistige Heimat und Quelle des Halts in ihrem Leben. Diese engagierten Aktivitäten sind oft ein wichtiger Pfeiler im Alltag und können dazu beitragen, soziale Isolation, Einsamkeit oder gar Depression zu verhindern. In einem weiteren Sinn leisten Vereine auch Präventionsarbeit, indem sie ein unterstützendes Umfeld schaffen und die psychi-

sche Gesundheit ihrer Mitglieder fördern. Nach wie vor hat der Glaube an die Kraft der Musik nichts von seiner Bedeutung verloren. Das kennen wir doch alle aus unseren Lieblingsfilmen oder Lieblingsongs jedwelcher Richtung. Diese Wirkung dürfen wir einfach nicht unterschätzen und alles möglichst nur schwarzen Zahlen unterordnen. Es mag jetzt vor allem in Zeiten wie diesen übertrieben erscheinen, aber bei genauerer Betrachtung kann das Engagement in Vereinen tatsächlich dazu beitragen, Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren. Menschen, die sich engagieren, erleben ein Gefühl der Teilhabe und Zugehörigkeit und leiden weniger unter gesundheitlichen Problemen, was wiederum zu geringeren Arzt- und Medikamentenkosten führen kann. Die Bedeutung von Vereinen und ehrenamtlicher Arbeit für das soziale Gefüge kann nicht genug betont werden. Dies bietet nicht nur Plattform für gemeinsame Aktivitäten, sondern trägt auch zur Entwicklung und Stärkung eines sozialen Netzes bei. In Vereinen treffen auch Menschen aus diversen politischen Lagern zusammen, was wiederum hilft, dass man trotz unterschiedlicher Meinung im Gespräch bleibt. Auch das ist ein positiver Nebeneffekt. Die Vorstände und Mitglieder dieser Vereine, zum Beispiel die Stadtmusik stellvertretend für alle, investieren nicht nur viel Zeit, sondern oft auch persönliche finanzielle Mittel, um ihre Ziele zu verwirklichen. Ich finde, dass ihr Einsatz von grossem Wert ist und darum Anerkennung und Unterstützung verdient. Aus diesen Überlegungen und Gedanken bin ich darum dafür, dass die Fünf-Prozent-Kürzungen bei den 3636.01.03er-Konten rückgängig gemacht und budgetneutral kompensiert werden, wie dies im Antrag Fischer gefordert wird.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wir wurden über diesen Antrag informiert und selbstverständlich, das dürfen Sie sowohl mir wie auch Amtsleiter Christoph Stillhart glauben, anerkennen wir das Engagement, das freiwillige und zum Teil auch sehr professionelle Engagement all jener, die in diesen Kulturinstitutionen tätig sind.

Auch wenn diese Art und Weise des Antrags möglich ist und von Ihnen akzeptiert wird, weise ich darauf hin, es erinnert mich ein bisschen – entschuldigen Sie den sehr queren Vergleich und Sie werden mit mir nicht einig sein – an die Abstimmung zur 13. AHV-Rente. Wenn man Milliarden ins Ausland verschenken kann, dann kann man doch auch der 13. AHV-Rente zustimmen.

Man vermengt hier das eine mit dem anderen. Wir sprechen von Kulturpolitik. Sie vermengen es aber mit Sozialraum, indem Sie bei der Kulturpolitik wieder aufstocken wollen, beim Sozialraum möchten Sie sparen. Und es kommen noch Argumente hinein, die mit einem Open-Air zu tun haben. Dort ist es ein gesundheitspolitisches Anliegen, welches der Stadtrat verfolgt hat und deshalb diese 13'000 Franken dort eingesetzt hat.

Ich denke, wir müssen da schon sauber bleiben in der Argumentation. Und dann sind wir bei der Kulturpolitik und den Ausgaben in der Kultur. Wenn wir dann in den nächsten Jahren zu unserer Aufgabenüberprüfung kommen werden, werden wir genau solche Spielereien nicht haben, denn dann sprechen wir über die Aufgaben. Also sprechen wir doch über die Kulturpolitik und die Kulturförderung. Ja, da sind wir in der Stadt Frauenfeld, wenn man uns mit anderen Städten vergleicht, sparsam unterwegs. Das darf man sagen. Es sind etwa 62 Franken pro Kopf und das ist weit weg von dem, was Städte im Durchschnitt in die Kultur investieren. Das ist so. Wir haben den Vorteil, dass der Kanton relativ viel investiert. Andernorts werden Museen zum Beispiel durch Städte betrieben, wir haben drei, die durch den Kanton finanziert werden, wovon wir Nutzniesser sind.

Wir haben aber auch, und das geht in der Diskussion vielleicht ein bisschen vergessen, andere Gefässe, womit wir die Kultur fördern und die in diese Berechnung, weil im Budget nicht enthalten, nicht einfließen. Beispielsweise haben wir in den letzten zwei Jahren im Kulturbereich aus dem Covid-19-Fonds mehrere Hunderttausend Franken investiert. Auch bei solchen Institutionen, die jetzt durch Kürzungen betroffen sind. Einmalige Kürzungen im Übrigen, wir hatten diese im ersten Budget nicht, wir haben die jetzt hineingetan. Diese einmalige Kürzung ist aus unserer Sicht, wenn sie einmalig bleibt, auch verkraftbar, weil wir in der Vergangenheit hohe Beiträge geleistet haben und sogar noch in diesem Jahr leisten werden, ebenfalls aus dem

Coronafonds. Die sind zurückgestellt worden, diese Entscheide wurden noch vor dem 30. November letzten Jahres gefällt und sie können noch in diesem Jahr von den entsprechenden Institutionen bezogen werden, die davon Nutzniesser sind.

Also im Kulturbereich haben wir durchaus sehr viel investiert, mehr als im Budget jetzt einfach erscheint oder auch in den Rechnungen der vergangenen Jahre erschienen ist. Deshalb sind wir der Meinung, diese fünfprozentigen Kürzungen, die nicht durch Kuchenverkäufe kompensiert werden müssen, sind vertretbar. Wir kennen die Rechnungen der Vereine, wir dürfen sie einsehen. Das gehört zur Leistungsvereinbarung, die wir mit den Institutionen haben, dass sie uns Einsicht gewähren müssen in ihre Rechnungen. Diese einmaligen Kürzungen sind für die betroffenen Institutionen verkraftbar. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/GP/GLP wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

S. 77: 1213.3130.12 Anerkennungspreis

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im eigenen und im Namen von Gemeinderat Christoph Regli: Wir stellen den Antrag, dass für den Anerkennungspreis 10'000 Franken ins Budget einzustellen sind. Unser Stadtpräsident hat eingangs schon auf die Risiken hingewiesen, dass Aufgaben hinter Ausgaben, sprich Frankenbeträgen, verschwinden können. Genau das wollen wir nicht, wir müssen deshalb auch über die Aufgabe, sprich über die Idee sprechen, die hinter dem Anerkennungspreis steht.

Das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt ist kaum vorstellbar ohne die Menschen, die sich hier in ihrer Freizeit unentgeltlich und freiwillig dafür engagieren. Das Milizsystem hat bei uns in der Politik, der Kultur, im sozial-karitativen Bereich und in der Vereinsarbeit einen traditionell hohen Stellenwert. Konkret bedeutet dies, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit Verantwortung übernehmen für das gemeinschaftliche Leben in unserer Stadt. Dieses Engagement wird von der Stadt mit dem Anerkennungspreis gewürdigt. Der Anerkennungspreis ist also eine Plattform, um die ehrenamtliche Arbeit der Frauenfelderinnen und Frauenfelder sichtbar zu machen, sie zu würdigen und ganz offiziell zu verdanken. Für die Preisträgerinnen und Preisträger ist der Preis eine Motivation, um sich weiter für die Öffentlichkeit zu engagieren. Der Anerkennungspreis hat in Frauenfeld eine grosse Tradition. Im Jahr 2022 hat der Preis sein 40-jähriges Jubiläum gefeiert. Wir finden, dass wir solche Traditionen, auch wenn sie etwas älter sind, nicht einfach leichtfertig über Bord werfen sollen. Dieser Preis wurde letztmals am 2. Dezember 2022 hier im Rathaussaal verliehen. Im Budget 2023 wurde der Anerkennungspreis auf Antrag des Stadtrats gestrichen. Ein Antrag aus dem Rat, den Anerkennungspreis wiedereinzuführen, wurde dann an der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2022 ganz knapp mit 19 Nein-Stimmen zu 18 Ja-Stimmen abgelehnt. Christoph Regli und ich sind zum Schluss gekommen, dass es jetzt einen neuen Anlauf braucht, damit der Anerkennungspreis 2024 wieder verliehen werden kann. Als sinnvoll erachten wir einen Zweijahresrhythmus, wie an der Gemeinderatssitzung vom Dezember 2022 von Christoph Regli bereits angeregt wurde.

Kommen wir zu den Zahlen: In der Rechnung 2022 waren für den Anerkennungspreis 19'241 Franken ausgewiesen. Mit Blick auf die angespannte Finanzlage unserer Stadt begnügen wir uns heute mit einem Beitrag von 10'000 Franken. Um Kosten zu sparen, können wir uns vorstellen, dass die Preisverleihung in einen anderen städtischen Anlass integriert wird, zum Beispiel im Freiwilligenfest. Mit unserem Vorschlag, also mit den Zweijahresrhythmus belaufen sich die jährlichen Kosten auf 5'000 Franken statt wie früher auf 20'000 Franken. Dem Sparauftrag wird damit Rechnung getragen. Wenn wir den Anerkennungspreis hinausstreichen, wie das der Stadtrat vorschlägt, verliert Frauenfeld ein Stück Identität und auch ein Stück Gemeinschaftsleben. Wir ersuchen euch deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Streichung des Anerkennungspreises hat eine Geschichte, die wurde jetzt vom Gemeinderat Roland Wetli aufgezeigt. Der Anerkennungspreis selber hat natürlich eine lange Geschichte, eine 40-jährige, glaube ich, und es wurde für den Stadtrat bis hin zu öffentlichen Aufrufen, jemanden zu melden, den man würdigen könnte, immer schwieriger. Natürlich ist das nicht einfach, weil es niemanden gibt, das bezweifle ich sehr stark. Es gibt viele, die gewürdigt werden sollen, aber vielleicht ist ja genau das das Thema. Wir heben jemanden hervor, und es gibt so viele andere, die auch Gutes tun. Das ist, denke ich, einer der Gründe, warum wir hier zurückhaltender geworden sind. Ein anderer ist eben der, dass wir mit knappen Finanzen unterwegs sind. Und wenn wir die Aufgabe, Freiwilligenarbeit zu fördern und zu unterstützen, anschauen, dann sind wir der Meinung, dass wir dies sehr viel besser dort machen können, wo es eben vielen zugutekommt wie zum Beispiel beim Freiwilligenfest oder eben auch bei den Beiträgen an Sportvereine und an Kulturvereine und Vereine allgemein. Deshalb bitten wir Sie, diesem kleinen Sparbeitrag, dem Verzicht auf den Anerkennungspreis im Bereich der Freiwilligenarbeit zuzustimmen und den Antrag von Roland Wetli abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Gemeinderäte Christoph Regli und Roland Wetli wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Departement 2 für Bau und Verkehr

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Die GPK Bau und Werke hat das Budget in der 2. Auflage am 27. Februar während gut dreieinhalb Stunden beraten. Stadträtin Andrea Hofmann legte einleitend dar, dass gestützt auf den Rückweisungsantrag in ihrem Departement 170 Stellenprozente gestrichen werden müssen. Nämlich 100 Stellenprozente bei der Eigentümervertretung im Amt für Hochbau und Stadtplanung und 70 Stellenprozente im Amt für Tiefbau und Verkehr bei den Zentralen Diensten. Die Stadträtin führte dann aus, dass die Stelle Eigentümervertretung mit Blick auf die Entwicklung der Stadtkaserne eine wichtige Stelle darstelle. Die Kürzung von 100 Stellenprozenten werde deshalb nicht spezifisch bei der Eigentümervertretung vorgenommen, sondern auf die beiden Ämter des Departements aufgeteilt.

Weitere Einsparungen wurden bei der Position Honorare externe Berater vorgenommen, und zwar im Umfang von 175'000 Franken. Dazu führte Andrea Hofmann aus, dies sei aktuell möglich, weil mehr Aufgaben mit eigenen Mitarbeitenden abgedeckt werden können, da auch weniger Projekte anstehen. In den kommenden Jahren sehe das wieder anders aus, da man wieder mehr Mittel für externe Beratungen benötigen werde.

Mit der Budgetrückweisung wurden allgemeine Kürzungen im Umfang von 800'000 Franken verlangt. Davon entfällt nun mehr als die Hälfte auf das Departement für Bau und Verkehr. Der Stadtrat hat dies so entschieden, weil im Departement Bau und Verkehr in den letzten Jahren ein grosser Ausbau stattgefunden hat, indem das Departement viele zusätzliche Aufgaben übernommen habe, unter anderem die Liegenschaftsverwaltung, Stadtgrün und Friedhof. Weiter wurde hier argumentiert, dass im Unterschied zu den Departementen 4 und 5 im Departement 2 Bau und Verkehr mehr Spielraum vorhanden sei für Einsparungen, weil die Aufgaben weniger vom Gesetz her vorgegeben seien.

Bei der Beratung der Botschaft in der GPK gaben folgende Punkte zu Diskussionen Anlass:

S. 6 der Botschaft: Ein Mitglied der GPK kritisierte, dass die Streichung des Spielplatzes Ahornweg einen Leistungsabbau darstelle, der wenig nachhaltig sei. Zur Diskussion Anlass gab dann weiter der Umstand, dass der Stadtrat die Investitionen um 1.8 Mio. Franken gekürzt habe, obwohl im Rückweisungsantrag nur eine Summe von 200'000 Franken gefordert wurde. Der Leiter des Finanzamts begründete diese Mehrkürzungen damit, dass die neue Finanzstrategie des

Stadtrats die Investitionen ab 2025 auf 12 Mio. Franken begrenze. Dies habe nun auch Vorwürfe auf das Budget 2024, wo gewisse Projektierungskredite hinfällig werden, weil die Umsetzung der Projekte ab 2025 wegen eben dieser Plafonierung nicht gewährleistet sei.

Auf Seite 8 der Botschaft ist festgehalten, dass sich aus dem Wechsel des Stadtbusbetreibers ein Ertrag aus dem Verkauf der alten Busse ergeben habe. Dies gab zu Fragen Anlass. Amtsleiter Bundi führte dazu aus, dass die Busse ihr Lebensende erreicht hätten und deshalb verkauft wurden. Die Stadt werde bald neue Busse beschaffen. In der Übergangszeit kommen die Busse der neuen Betreiberin Bus Ostschweiz AG zum Einsatz, die über die notwendigen Computer verfügen würden. Dies sei also eine Übergangssituation.

Seite 17 der Botschaft: Der Regierungsrat hat per 1. Mai 2023 die Abschreibungsdauer für Strassen von 40 auf 25 Jahre gesenkt. Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds wurde dazu präzisiert, dass davon auch die Gemeindestrassen betroffen seien. Dies führt zu deutlich höheren Abschreibungen in unserem Haushalt. Wichtig dabei ist, die verkürzte Abschreibungsdauer gilt nur für Strassen, die ab 2024 gebaut oder saniert werden. Die Abschreibungsdauer ist dann aber auch ein theoretischer Wert und sagt nichts darüber aus, wann eine Strasse effektiv saniert werden muss. Entscheidend für eine Sanierung ist immer noch der tatsächliche Zustand einer Strasse.

Auf Seite 44 der Botschaft hält der Stadtrat fest, dass nicht davon ausgegangen werden könne, dass alle Kürzungen auch nachhaltig sind. Nachhaltiger wäre es, den Aufgaben- und Leistungskatalog der Stadt zu überprüfen und anzupassen. Diese Aussage gab in der GPK zu reden. Sie gab den Anstoss, im Departement Bau und Verkehr die Kürzungen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit genauer anzuschauen, weil ja genau das mit dieser Aussage in Zweifel gezogen wurde. Ebenso wurde in der GPK die Forderung bekräftigt, dass die Motion von Stefan Vontobel und Kathrin Widmer Gubler schnellstmöglich zu beantworten sei. Das Thema hatten wir heute schon wieder, war aber auch ein explizites Anliegen in unserer GPK, weil ohne diese Motion wir uns im Kreis drehen und immer wieder am gleichen Punkt ankommen. Ein GPK-Mitglied hat darauf hingewiesen, dass der Rückweisungsantrag zum Budget, wie wir ihn im Dezember hatten, auch ein Signal sei, mit der Leistungsüberprüfung endlich ernst zu machen.

Bei der Beratung der Erfolgsrechnung wurden folgende Punkte aufgegriffen:

Ein GPK-Mitglied kritisierte, dass die Kürzungen in der Stadtplanung zu massiv ausgefallen seien. Die Reduktion im Vergleich zum Budget 2023 beträgt dort 161'000 Franken oder 14 Prozent, wenn man das Gesamtvolumen ansieht.

Speziell diskutiert wurde die Position «Honorare externe Berater», diese wurde von 100'000 Franken auf 40'000 Franken gekürzt. Hier kam ein Antrag aus der GPK, diese Position wieder zu erhöhen auf 70'000 Franken. Das würde in etwa der Kürzung um einen Drittel entsprechen, die sonst Geltung hatte. Dieser Antrag wurde von der GPK abgelehnt.

Weiter fragte ein GPK-Mitglied nach, wie weit die Beschaffungsrichtlinie, wonach die Stadt in erster Linie Elektrofahrzeuge anzuschaffen habe, umgesetzt werde. Die Vertreter der Stadt antworteten, dass aus Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht überall Elektrofahrzeuge angeschafft werden können. So sei bewusst kein elektrisches Bestattungsfahrzeug gekauft worden, weil dort die Kosten fast das Zweieinhalbfache eines normal betriebenen Bestattungsfahrzeugs ausgemacht hätten. Hingegen soll eine elektrische Putzmaschine angeschafft werden, weil hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt.

Bei der Beratung der Investitionen in Register 6 wurden zwei Planungsvorhaben detailliert diskutiert. Für die Planung Murgbogen sind im Budget 2024 100'000 Franken vorgesehen, in den Folgejahren im Finanzplan sind weitere 700'000 Franken vorgesehen. Ein GPK-Mitglied fragte nach der Verwendung dieser Mittel und nach der in Aussicht gestellten Botschaft. Man sieht auf diesen Blättern bei diesen höheren Beträgen immer den Hinweis «Botschaft folgt». Amtsleiter Robert Scherzinger antwortete, dass die budgetierten 100'000 Franken für die Aufarbeitung von

Grundlagen benötigt werden, zum Beispiel bei den Altlasten, Grundwasser, Verkehr usw. Diese Grundlagen wiederum schaffen dann den Rahmen für die späteren Testplanungen, die dann mehrere Hunderttausend Franken kosten würden. Die Finanzierung dieser Grundlagenarbeiten liegt nun in der Kompetenz des Stadtrats, für die weit höheren Kosten der Testplanungen im Murgbogen brauche es dann eine Botschaft an den Gemeinderat, die voraussichtlich Ende 2025 vorliegen würde. Es werde zudem abgeklärt, inwieweit sich die Grundeigentümer im Murgbogen an diesen Kosten beteiligen würden/sollen/wollen/können – wie auch immer. Das ist noch in Abklärung.

Ein weiterer Punkt, der diskutiert wurde, war die Planung Variantenstudium Casinobetrieb, also die Varianten am bestehenden Standort des Casinos. Dafür sind im Budget 2. Auflage 100'000 Franken vorgesehen. Das sind 100'000 Franken weniger als im Budget 1. Auflage. Ein GPK-Mitglied bringt vor, die Aufgabenstellung beim Casino, unter anderem bei den Brandschutzmassnahmen sei so gross, dass die vorgesehene Kürzung nicht zweckmässig sei. (Der Auftrag zu diesem Variantenstudium geht ja auf einen Beschluss von uns zurück. Wir haben am 28. Juni 2023 zusammen mit dem Projektierungskredit Stadtsaal in der Stadtkaserne das Geschäft zurückgewiesen und einen detaillierten Auftrag erteilt, wie der Stadtrat vorzugehen habe.) Wie gesagt, ein Antrag aus der GPK, für das Variantenstudium wieder die alte Summe von 200'000 Franken vorzusehen, wurde mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten in der GPK abgelehnt.

Beim Finanzplan wurden folgende Investitionsvorhaben sehr ausführlich diskutiert:

Im Budget 1. Auflage war für das Projekt «Murgraum Murgweg» ein Betrag von 240'000 Franken vorgesehen. Es handelt sich dabei um eine Fusswegverbindung vom Schlosspark direkt entlang der Murg bis zur Bahnhofstrasse und dann bis zum Berufsbildungszentrum. Dieses Projekt geht auf die Testplanung Murgraum aus dem Jahr 2022 zurück und wurde dort als schnell realisierbare Massnahme, als sogenannten Quickwin empfohlen. Gemäss Stadträtin Hofmann ist das Projekt ausführungsfähig und wurde vom Kanton bewilligt. Die GPK war sich im Grundsatz einig, dass das Projekt sinnvoll sei und der Bevölkerung einen Mehrwert bringen könnte. Unterschiedlich wurde die Frage der zeitlichen Priorität dieser Massnahme beurteilt. Ein GPK-Mitglied stellte den Antrag, es sei die Investition mit dem Betrag von 240'000 Franken wieder ins Budget aufzunehmen. Dieser Antrag wurde mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Damit war die Diskussion jedoch noch nicht zu Ende. Die GPK zeigte sich kreativ und entwickelte zusammen mit der Vertretung der Stadt einen neuen Lösungsansatz. Ausgangspunkt war die Tatsache, dass es in der Stadt sehr viele Projekte gibt, die jeweils im Budget realisiert werden sollen. Darunter gibt es immer wieder Projekte, das ist nicht eine kleine Zahl, die nicht wie geplant ausgeführt werden können, weil zum Beispiel Einsparungen ins Spiel kommen oder die Landabtretungen nicht funktionieren oder weitere Störfaktoren vorhanden sind. Dieser Umstand gibt nun aber Spielraum für ausführungsfähige Ersatzprojekte, die aus der Schublade gezogen werden können und vom Stadtrat im Rahmen seiner Finanzkompetenz freigegeben werden können. Gestützt auf diese Überlegungen verabschiedete die GPK eine Empfehlung an den Stadtrat, die folgenden Wortlaut hat: «Die GPK Bau und Werke lädt den Stadtrat dazu ein, von seiner Kompetenz Gebrauch zu machen, das Projekt Murgweg als Ersatz aus der Schublade zu holen, wenn andere Projekte blockiert sind.»

Weiter wurde das Pflegekonzept Friedhof diskutiert. Sie finden die Position dazu auf Seite 266 im Finanzplan. Ein GPK-Mitglied kritisierte, dass es im Friedhof Oberkirch auf den Gehwegen viele Stolperfallen gebe, die für ältere Leute gefährlich seien. Dieses Problem sollte schnell behoben werden und nicht Budgetkürzungen zum Opfer fallen. Stadträtin Andrea Hofmann informierte, dass dies im Stadtrat ein Thema sei und das genau bei diesem Punkt hingeschaut werde. Ende März wisse man mehr.

Im Rahmen der Rückweisung des Budgets wurde der Stadtrat ja beauftragt, die im Budget 1. Auflage vorgesehenen Mittel von 100'000 Franken für die Planung «Aussiedlung Stadtbetriebe, Neubau Stadtbusdepot, Werkhof, Feuerwehr» sowie die Planung «Arealentwicklung Gaswerkstrasse» zu streichen. Der Stadtrat hat dies so umgesetzt. In der GPK entspannte sich eine längere Diskussion, inwieweit diese Kürzungen nachhaltig seien. Betont wurde die Wichtigkeit dieser Planungen, die zudem Einnahmen für die Stadtkasse generieren können, weil mit den geplanten Aussiedlungen Areale an bester Zentrumslage frei werden. Diskutiert wurde dann ein Vorschlag, für die beiden Planungen je 50'000 Franken ins Budget aufzunehmen und gleichzeitig diese Mehrausgaben mit Kürzungen auf anderen Positionen des Departements Bau und Verkehr zu kompensieren. Konkret genannt wurden die allgemeinen Kredite für kleinere Projekte im Strassenbau und in der Kanalisation. Hier handelt es sich um sogenannte Sammelpositionen ohne konkrete Projekte, die einfach für Unvorhergesehenes dienen sollen. Die GPK fand diesen Vorschlag prüfenswert, erachtete aber eine Beschlussfassung ohne Rücksprache mit den Fraktionen als nicht angebracht. Die GPK vereinbarte deshalb, den Vorschlag in den Fraktionen zur Diskussion zu stellen und sich anschliessend über die Ergebnisse auszutauschen. Was daraus geworden ist, werden wir nachher noch in der Detailberatung erfahren.

In der Schlussabstimmung wird das Budget des Departements Bau und Verkehr mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Departement 3 für Freizeit und Sport

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Einführend erwähnte Stadtrat Fabrizio Hugentobler, dass es im Vergleich zum Budget 2023 vier grössere Veränderungen in der ersten Version des Budgets 2024 gegeben habe. Diese waren einerseits der Posten Dienstleistungen Dritter, da man das Spielplatzkonzept neu entwickeln, die Hallenbelegung analysieren und das Gesamtkonzept weiterentwickeln wollte. Der zweite Punkt ist im baulichen Unterhalt der Kunsteisbahn, da man den Lift ersetzen müsste, da dieser noch aus der ersten Generation stammt und man keine Ersatzteile mehr beschaffen kann. Als Drittes schlagen die Abschreibungen der Schlossbadi mit 1.3 Mio. Franken deutlich mehr zu Buche als die 236'000 Franken im Budget 2023. Das ist, weil die Schlossbadi 2024 in Betrieb genommen wird und so mit den Abschreibungen begonnen werden muss. Als Viertes die 30-Prozent-Administrationsstelle, die man beantragt hatte, um den Amtsleiter zu entlasten, damit dieser Kapazität für die Konzept- und Umsetzungsarbeit hat.

Die Massnahmen, die das AFS nach der Rückweisung des Budgets getroffen hat, sehen wie folgt aus:

Streichung der 30-Prozent-Stelle: Hier wurden 10'000 Franken eingespart, da die Stelle erst während des Jahres besetzt worden wäre.

6000 Franken Streichung beim Sachaufwand Büromöbel. Die Vorgabe war hier 5'700 Franken. Kürzung von 140'000 Franken bei Honorare Dritter, wobei hier ausgeführt wurde, dass das AFS von 2019 bis 2022 durchschnittliche Ausgaben von 25'000 Franken in diesem Konto budgetiert hatte und es nun 162'000 Franken gewesen wären.

An folgenden Stellen wurde gekürzt: 50'000 Franken Weiterentwicklung Gesamtkonzept, 65'000 Franken Spielplatzkonzept, 25'000 Franken Belegungsplan Sporthallen. Das bedeutet, dass die Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts, die Neuentwicklung des Spielplatzkonzepts und die Analyse der Belegungsplanung vorerst auf Eis gelegt werden.

Allgemeine Kürzungen: die Vorgabe war hier 110'000 Franken. 80'000 Franken für den Ersatz des Personenlifts Kunsteisbahn, wobei, wenn dieser kaputtginge, im Notfall ein nicht budgetierter Ersatz nötig wäre. 20'000 Franken bei der Planung der Bewässerungsanlage Kleine Allmend und 10'000 Franken bei den Brandschutzmassnahmen im Casino, diese werden aber sowieso von der Liegenschaftenverwaltung übernommen.

Zur Detailberatung:

Seite 155: 3120 Schlossbadi 3102.00

Hier wurde die Frage gestellt, um was es sich bei den Werbemassnahmen für die Schlossbadi handle. Der zuständige Stadtrat erklärte, dass die Besucherzahlen der Schlossbadi aktuell zufriedenstellend seien. Man wolle das erhalten und allenfalls noch erhöhen. Ganz allgemein sollen die Anlagen beworben werden, damit sie besser bespielt seien. Man sehe sich nicht ausschliesslich in der Rolle des Verwalters. Insgesamt wurden in allen Konten des Amts für Freizeit und Sport 3102.00 34'500 Franken für Drucksachen und Publikationen ausgegeben. Auf die Frage, ob das nötige Personal dazu vorhanden ist und letztendlich durch den Mehraufwand bei einer höheren Auslastung auch wirklich ein Mehrertrag resultiere, entgegnete Fabrizio Hugentobler, dass bessere Erträge zu erwarten wären und die Auslastung durch die Werbemassnahmen nicht gleich um 30 Prozent verbessert würden.

Seite 275: Finanzplan und Investitionen

Beim Ersatz der Eismaschine wurde gefragt, was sich hinter den Betrag von 20'000 Franken im Finanzplan im Jahr 2027 verberge. Das seien Vorbereitungen und Ausschreibungen für die Erneuerung der Eismaschine.

Seite 518: 3000 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge

Weiter wurde festgehalten, dass es im Konto 3000 Einnahmen von 18'000 Franken gibt. Dies sei aufgrund der pauschalen 20-Prozent-Kürzung bei Investitionen, die wieder rückgängig gemacht wurde, da die Investitionen gestrichen wurden.

Zudem wurden noch allgemeine Fragen beantwortet. Zum Beispiel, wie sich die Streichung der 30-Prozent-Stelle auf das Departement auswirken wird. Die Stelle sei vor allem zur Entlastung von administrativen Aufgaben für den Amtsleiter geplant gewesen, damit sich dieser vermehrt der Konzeptarbeit widmen könnte. Auf die Frage, ob nach dem Abschluss der Schlossbadi beim Amtsleiter nun Kapazitäten für Konzeptarbeit frei würden, entgegnete der Stadtrat, dass die Schlossbadi weiterhin viel Arbeit mit sich bringe, andere Arbeiten während der letzten zwei Jahre liegengeblieben seien und sich durch die intensive Zeit beim Bau auch einiges an Überzeit angehäuft habe, die es nun zu kompensieren gelte. Es wurde auch gefragt, ob allenfalls gewisse Konzepte ganz verworfen werden könnten. Laut zuständigem Stadtrat bestehe bei allen drei Konzepten (Hallenbelegung, Spielplatz und Gesamtkonzept) Handlungsbedarf, aber das Gesamtkonzept sei prioritär zu behandeln. Auf Nachfrage, ob die Analyse der Hallenbelegung Aufgabe der Stadt sei, da die Hallenbelegung nur marginal durch die Stadt beeinflusst werden kann, da die Stadt nur eine Turnhalle besitze, entgegnete der zuständige Stadtrat, man sehe sich in der Pflicht, die Hallenbelegung zu analysieren, um den Nutzenden einen optimierten und bedürfnisgerechten Belegungsplan zu präsentieren, den die Schulen, der Kanton und die Armee dann hoffentlich auch umsetzen würden.

Weiter kam man auf das Thema, ob man umliegende Gemeinden oder Nutzervereine vermehrt in die Finanzierung der Anlagen einbinden sollte. Fabrizio Hugentobler entgegnete, dass vor allem die Zusammenarbeit mit den Regiogemeinden in dieser Hinsicht schwierig sei. Wenn man die Vereine miteinbeziehen wollte, müsste man das gesamtstädtisch machen, also nicht nur die Sportvereine. Die Frage sei dann, wer diese Diskussion anstossen wolle.

In der Beschlussfassung stimmten alle GPK-Mitglieder dem Budget des Amts für Freizeit und Sport zu.

S. 155: 312 Sportanlagen 3120 Schlossbadi 3102.00

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wir beantragen die Streichung des kompletten Postens von insgesamt 15'000 Franken für Werbemassnahmen für die Schlossbadi.

Begründung: Die Schlossbadi ist gefühlt bereits sehr gut besucht. Ich war schon öfters dort, und es war meistens voll. Die Frauenfelder und die Orte in der Umgebung wissen auf jeden Fall, dass die Frauenfelder Badi wieder offen ist. Das reicht aus unserer Sicht. Wir müssen nicht Werbung betreiben, um die Badi schliesslich über Kapazität zu füllen. Und für den Sommer reicht, denke ich, auch die Mund-zu-Mund-Werbung.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Besten Dank für den Antrag. Ihnen erscheint die Schlossbadi gefühlt bereits sehr gut ausgelastet zu sein und Marketing werfe Fragen auf, das haben wir bereits gehört. Ich kenne die Belegung und kann ehrlicherweise nicht ganz nachvollziehen, auf welchen Grundlagen Ihre Aussagen basieren. Wir dürfen jetzt nach der Inbetriebnahme nicht einfach zurücklehnen, hoffen und Marketing einsparen. Vor allem nicht bei einem Betrieb, der jährlich 2.7 Mio. Franken Defizit budgetiert. Aus Sicht Betrieb wäre es unklug, verkaufsfördernde Massnahmen einzusparen, weil wir mehr Einnahmen generieren müssen, vor allem gegenüber früher. Es reicht nicht, jetzt passiv auf Kunden zu warten, das macht auch keine Firma in der Privatwirtschaft. Wir möchten Personen, welche seit der Schliessung anderswo baden, zurückgewinnen, die anfängliche Begeisterung aufrechterhalten und vor allem auch Neukunden gewinnen. Und es hat noch Platz in der Badi, das weiss ich auch aus persönlicher Erfahrung. Wir möchten nicht Anlagen verwalten, sondern Einnahmen generieren, und die haben wir bitter nötig im Hallen- wie aber auch im Freibad, das dann bald aufgehen wird, um unser Defizit zu schmälern. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Departement 4 für Alter und Gesundheit

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Im Namen der GPK bedanke ich mich bei allen Beteiligten für das Überarbeiten dieses Budgets. Einleitend sei angemerkt, dass im Departement 4 Alter und Gesundheit ohne AZP gemäss institutioneller Gliederung nach Ausgabart +/- 1 % der Ausgaben, also knapp 100'000 Franken ungebunden und damit kurzfristig beeinflussbar sind. Die wesentlichen Veränderungen zwischen 1. und 2. Auflage des Budgets 2024 gestalten sich wie folgt:

- Bei den Büromöbeln wurden Kürzungen im Umfang von 12'500 Franken vorgenommen. Es entfällt so der geplante Diskretionsschalter in der Abteilung Krankenkasse und AHV.
- Die angedachte Möblierung im Projekt «Wohnen für ältere Menschen mit Siedlungsassistenz» wird voraussichtlich via eine Stiftung finanziert werden können.
- Bei den Honoraren an Dritte erfolgten keine Kürzungen. Das knapp bemessene Budget werde zur Entwicklung von neuen Projekten – Wohnen mit Siedlungsassistenz, hausärztliche Versorgung – sowie die Überarbeitung des Alterskonzepts und für bisherige Projekte benötigt.
- Die allgemeinen Kürzungen im Umfang von 52'500 Franken betreffen das Freiwilligenfest, zwei Anlässe, das Projekt «Erfassung digitaler Zugänglichkeitsdaten» sowie die Anlaufstelle für Krankenkassenbelange. Das Freiwilligenfest wird dieses Jahr mit 20'000 Franken via Sponsoring durch zwei Banken und eine Versicherung finanziert werden. Bei den Anlässen Neupensioniertenfeier und Internationaler Tag der älteren Menschen erfolgten die Kürzungen im Sinne der Symmetriewahrung analog zu den Kürzungen bei der Jungbürgerfeier, die Anfang Jahr stattgefunden hat. Im Projekt betreffend digitale Zugänglichkeitsdaten erfolgt eine Delegation an den Kanton und damit eine Einsparung von 25'000 Franken. Die Anlaufstelle für Krankenkassenbelange zieht für das laufende Jahr

2024 nicht in die Stadtkaserne um, sondern verbleibt im Stadtlabor, was Einsparungen von 5'000 Franken bedeutet.

Explizit möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die GPK GGF die Initiative der Departementsvorsteherin und ihres Teams, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und im Fall des Freiwilligenfests zu finden, sehr schätzt.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Schon in der ersten Sitzung am 9. November wurden uns die Haupttreiber einer doch grossen Kostensteigerung gegenüber den Budget 2023 erläutert. Die Haupttreiber sind das Flüchtlingswesen, bei dem unter anderem der Kanton während des Jahres die Spielregeln geändert und einen Abzug bei der Globalpauschale zum Status S eingeführt hat. Ein zweiter Haupttreiber war die Situation in der Berufsbeistandschaft und den hohen Fallzahlen, die hier zu erwarten sind. Ein dritter Haupttreiber ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die mehr Sozialbezüger zur Folge hat. Diese Haupttreiber haben sich beim jetzt vorliegenden Budget auch nicht geändert, denn es sind gebundene Ausgaben. Hier war also nicht viel zu machen. Darum sind die Einsparungen anderswo. Es wurde im Departement um 156'000 Franken gespart und um 23'000 Franken korrigiert. Bei den Stellenkürzungen gab es keine Vorgaben beim Rückweisungsantrag. Gespart wurden 27'000 Franken bei den Büromöbeln, bei Honoraren an Dritte 66'000 Franken und bei Übrigem 63'000 Franken.

Diskutiert wurde an beiden Sitzungen, schon beim ersten Budget und jetzt auch beim vorliegenden Budget, unter anderem auf der Seite 501 die Position 5001 Beiträge. Es wurde diskutiert, inwiefern solche Beiträge Aufgabe der Stadt sind oder ob sie nicht durch Serviceclubs oder Ähnliches finanziert werden können. In der Novembersitzung wurden die Beiträge vom Departement gekürzt. Stadträtin Barbara Dätwyler erläuterte uns, dass vor allem Partner berücksichtigt werden, die subsidiäre Unterstützung anbieten, d. h., die in gewissem Sinn dem Departement Arbeit abnehmen, zum Beispiel die Infostelle für Frau und Arbeit oder die Beratung gewaltbetroffener Frauen oder auch die kirchliche Notherberge. Diese Position wurde im November durch drei Anträge wieder auf den Stand des Budgets 2022 erhöht, wir hatten damals ein lachsfarbenes Papier. Diese Beiträge wurden nun beim vorliegenden Budget wieder rückgängig gemacht, darum wurde die Position in der GPK noch einmal neu diskutiert – mit unterschiedlichen Resultaten.

S. 501: 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Hier handelt es sich zum Beispiel um Pro Infirmis, die Winterhilfe oder die Gassenküche. Hier wurde ein Antrag gestellt, diesen Beitrag um 10'000 Franken wieder auf 20'000 Franken zu erhöhen. Das ist derselbe Betrag, wie er im Budget 2022 drin war. Der Antrag wurde von der GPK angenommen, wir haben ihn auf dem lachsfarbenen Papier.

S. 501: 3636.10 Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmen

Hier geht es zum Beispiel um Institutionen wie den Murghof, den Wetterbaum oder das Tischleindeckdich. Hier wurde eine Erhöhung von 1'000 Franken auf 10'000 Franken beantragt. Dieser Antrag wurde von der GPK ebenfalls gutgeheissen und steht auch auf dem lachsfarbenen Papier.

S. 501: 3638.00 Auslandhilfe

Diese Position gab einiges zu reden. Es geht hier um Projekte mit Bezug zu Frauenfeld, das Projekt der Städtepartnerschaft ist auch hier drin. Hier wurde eine Erhöhung von 35'000 Franken auf 80'000 Franken beantragt. Die Begründung dazu ist, dass die vom Gemeinderat 1991 überwiesene Motion Wüthrich verlangt, dass zwei Promille des Steuerertrags in die Auslandshilfe

investiert werden sollen. Diese Motion sei bis heute nicht widersprochen oder anders festgelegt worden, dann sollte das auch so gehandhabt werden. Die GPK lehnte diesen Antrag mit Stichentscheid der Präsidentin ab.

Ausserdem wurde diskutiert über die Kostentreiber und wie es da weitergeht, zum Beispiel die Entwicklungen im Asylbereich. Wenig überraschend wurde uns da berichtet, dass das schwierig vorauszusagen sei. Einerseits, weil wir nicht wissen, wie viele kommen, andererseits auch, weil das sehr abhängig ist von den Vorlagen und den Zahlungen von Bund und Kanton. Es wird im Departement mit einer Zunahme von Kosten, aber auch von Einnahmen gerechnet, wobei es, wie gesagt, schwierig ist, das korrekt zu budgetieren, weil vieles nicht in unserer Hand liegt.

Dann wurde die Situation mit den vielen Fällen bei der Berufsbeistandschaft diskutiert. Wir wurden darüber informiert, dass im vergangenen Jahr die Fallzahlen markant gestiegen sind, und es wird erwartet, dass das auch so bleiben wird, besonders auch im Kinder- und Jugendbereich. Es sind komplexere Fälle und es wird mit höheren Kosten gerechnet. Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns zu denken geben sollte, aber bei der wir nicht viel machen können, sondern es einfach zur Kenntnis nehmen müssen. Die Mehrbelastung findet schon auf der Stufe KESB statt, das ist eine grosse Herausforderung für das Departement, auch weil gutes Personal hier schwierig zu finden ist und auch zeitweise mit Temporärpersonal überbrückt werden muss. Was das Departement machen kann, ist, im Amt für Gesellschaft und Integration gewisse Grundvoraussetzungen zu schaffen, damit Menschen gar nicht erst in die Situation kommen, dass es zu einer Beistandschaft kommt. Man kann das zum Teil auffangen mit den Deutschkursen und weiteren Massnahmen oder gerade auch der aufsuchenden Elternarbeit, die wir hier im Rat bewilligt haben. Hier wurde allerdings auch etwas gekürzt, man beschränkt sich für das nächste Jahr auf zwei zusätzliche Plätze, das muss einfach reichen, sagte uns der Amtsleiter.

Seite 508: 5200.3132.00 Organisationsentwicklung

Im Amt für Gesellschaft und Integration wurde über eine Kürzung bei der Organisationsentwicklung diskutiert, die das Amt für Gesellschaft und Integration einmal geplant hat. Hier wurden 8000 Franken gekürzt. Dieses Amt hat in den letzten Jahren immer mehr zusätzliche Aufgaben erhalten, hat aber nie eine Gesamtentwicklung durchgeführt. Das ist nun aufgeschoben.

Weiter haben wir über diverse Kürzungen diskutiert wie die UNICEF-Massnahmen zur kinderfreundlichen Gemeinde, die Sprachförderung von Kleinkindern, die teilweise durch die Schulen übernommen wird, und auch über die Beiträge an die Kitas. Dies hat aber zu keinen Anträgen geführt. Das Amt für Gesellschaft und Integration hat eine enorme Nachfrage nach seinen Angeboten, was natürlich einerseits sehr erfreulich ist, aber auch zu hohen Kosten führt. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Insgesamt hat die GPK mit 3 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung das Budget des Departements 5 angenommen und dankt der zuständigen Stadträtin und den Amtsleitern und den Mitarbeitern ganz herzlich für Ihre Aufgaben.

S. 177: 5000 departementsbezogene Aufwendungen und Erträge 3638.00 Auslandhilfe (an Hilfswerke, ordentlich)

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich stelle im Namen der Fraktion CH/GP/GLP einen Antrag zur Auslandhilfe vor, die um 45'000 Franken auf 80'000 Franken erhöht werden soll.

Begründung: Wie Samuel Kienast bereits richtig erwähnt hat, besteht hier für den Stadtrat mit der Erheblicherklärung der Motion Wüthrich aus dem Jahr 1991 eine quasi gesetzliche Verpflichtung durch dieses Parlament, jeweils zwei Promille des Ertrags aus den direkten Steuern für Auslandhilfe an Hilfswerke zu verwenden. Dass der Stadtrat dem nun schon nach dem Budget 2023 ein zweites resp. drittes Mal mit dem Budget für das Jahr 2024 in der 1. und 2. Auflage nicht nachkommen mag, geht einfach nicht. Hier besteht ein klarer Auftrag. Jene mit Sympathien für

diese Kürzung beachten bitte, dass dieses Vorgehen in anderen Fällen auch auf euch zurückfallen wird, wenn wir es den Stadtrat durchgehen lassen, sich nicht mehr an durch das Parlament erheblich erklärte Motionen zu halten. Ich bitte den Stadtrat, eine Botschaft oder die Unterstützer dieser Kürzung in unserem Rat eine Motion zu bringen, wo wir diese durchaus diskutierbare Auslandshilfe debattieren können, um dann wieder zu einem durch die Mehrheit abgestützten Vorgehen überzugehen. Aber die jährliche Kürzung einer bestens durch das Parlament legitimierten Position durch den Stadtrat ist ein Unding. Ich will im nächsten Dezember nicht bereits wieder zur gleichen Frage hier ans Rednerpult müssen.

Diese Gelder konnten in den vergangenen Jahren immer sinnvoll in Projekten, oft mit Bezug durch Frauenfelder Engagement verwendet werden. Die Probleme rund um die zwar nicht mehr zu heilen Schweiz nehmen zu und nicht ab, wir sollten solidarisch bleiben.

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Zum Glück, ein Berner Schädel ist nicht aus Plastik, ich nehme diese Schelte an, aber ich möchte auch sagen, wir haben hier mit dem Rückweisungsantrag eine spezielle Situation gehabt, und auch mein Departement muss seinen Beitrag leisten und hat ihn geleistet. Und ja, ich gebe zu, ich habe mich nicht ganz an die Spielregeln gehalten, die 1991 einmal definiert wurden. Damals ging es allerdings noch um 50'000 Franken und nicht wie heute um eigentlich sogar noch mehr als 80'000 Franken.

Ich weiss, dass Entwicklungshilfe ein wichtiger Beitrag ist, und wir sind in unserem Departement genau dieser Meinung. Nur muss diese Entwicklungshilfe gezielt und auch überprüfbar eingesetzt werden, es sind auch Steuergelder. Ja, und auch ich weiss, es ist überall nötig, aber ich gebe hier und in dieser Situation einmal den Vortritt meinen Partnerinnen und Partnern in der Stadt Frauenfeld – dem Tischleindeckdich, dem Wetterbaum, dem Murghof – und will die Städtepartnerschaft jetzt nur mit 35'000 Franken unterstützen. Da haben wir ein Commitment mit vier anderen Städten und unterstützen mit einer grossen Summe, nämlich mit insgesamt 275'000 Franken ein grosses Projekt, ein gezieltes Projekt. Ich finde, wir müssen halt auch, das ist wie bei den Kulturvereinen, einmal auch auf etwas verzichten. Deshalb beantrage ich Ihnen, diesen Antrag vom Gemeinderat Roman Fischer abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/GP/GLP wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich werde zwei Anträge stellen, wäre aber froh, wenn man separat darüber abstimmen könnte. Die Begründung ist dieselbe.

Ich stelle im Namen der Fraktion SVP/EDU den Antrag, dass das Konto 3636 auf Seite 177 (Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck) von 20'000 Franken um 10'000 Franken zu kürzen sei zurück auf den Betrag der 2. Version des Budgets. Somit würde die Änderung der GPK GGF rückgängig gemacht werden, und das Budget wäre wieder so, wie vom Stadtrat vorgeschlagen.

Weiter stelle ich den Antrag im Namen der Fraktion SVP/EDU, das Konto 3636.10 (Beiträge an gemischtwirtschaftliche Organisationen) sei von 10'000 Franken um 1000 Franken zu kürzen zurück auf den Betrag der 2. Version des Budgets. Auch hier würde somit die Änderung der GPK GGF rückgängig gemacht werden, und das Budget wäre wieder so, wie vom Stadtrat vorgeschlagen.

Begründung: Wir möchten das vorgeschlagene Budget nicht wieder verschlechtern. Nach der zuständigen Stadträtin kann sie mit dem von ihr vorgeschlagenen Betrag die Organisationen oder Unternehmen, die ihr Departement in seiner Arbeit unterstützen, weiter mitfinanzieren und somit die Zusammenarbeit fortführen.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich bitte Sie, diesen Anträgen nicht stattzugeben. Denn bedenken Sie, oft sind diese Hilfen eine einmalige Hilfe, bevor jemand in der Sozialhilfe landet. Das betrifft die Restessbar, Tischleindeckdich, die Winterhilfe oder die Organisation Ostschweizer helfen Ostschweizern. Auch wenn die Beratungsstellen gewissen Personen helfen können, kann das unser Amt entlasten. Ich bitte Sie, die Unterstützung für die Schwächsten in unserer Stadt nicht zu schwächen.

Stadträtin Barbara Dätwyler (SP): Wie der GPK-Sprecher schon ausgeführt hat, ist es so, dass diese zwei Konten mir zwei – meine Unwörter des Jahres – Kässeli bieten, um eben meinen Partnerinnen und Partnern, die subsidiär eine Leistung für die Ärmsten dieser Stadt erbringen, Unterstützung bieten zu können. Dies sind eben zum Beispiel das Tischleindeckdich oder die Caritas mit der Kulturlegi oder aber eben die Frauenzentrale mit der Infostelle Frau und Arbeit, welche zusätzlich zu unseren Angeboten hier ein erweitertes Angebot für unentgeltliche Beratung bieten, oder eben auch Lebensmittel abgeben an die, die sie sich nicht leisten können. Ich habe das auf den Punkt ausgerechnet und die Beträge genau so im Budget eingestellt, wie Gemeinderätin Lisa Badertscher das erklärt hat. Und ja, ich musste auch hier eine Kürzung machen, denn es sind auch Beiträge darin, wie wenn jemand kommt und fragt: Barbara, hast du noch etwas Geld, um ein Projekt zu unterstützen wie zum Beispiel einen Fussballmatsch für einen guten Zweck oder irgendetwas in diese Richtung. Und ja, meistens habe ich irgendwo ein Kässeli und gebe dann auch Geld daraus, aber diesmal habe ich mich beschränkt auf meine wirklichen Eins-zu-eins-Partner und -Partnerinnen. Deshalb beantrage ich, den Antrag von Gemeinderätin Lisa Badertscher anzunehmen.

Abstimmung

Antrag 1 der Fraktion SVP/EDU wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag 2 der Fraktion SVP/EDU wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Institutionelle Gliederung nach Ausgabeart

Keine Wortmeldungen.

Finanzplan der Stadtverwaltung für die Jahre 2025-2027

S. 266: 2160 Investition 000710 Aussiedlung Stadtbetriebe, Neubau Stadtbusdepot, Werkhof, Feuerwehr und 2160 Investition 00715 Arealentwicklung Gaswerkstrasse 16-18a

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir stellen den Antrag, bei beiden Positionen je wieder 50'000 Franken ins Budget 2024 aufzunehmen.

Begründung: An bester Lage, gelegen an der Murg inmitten der Stadt Frauenfeld, befinden sich heute das Stadtbusdepot und der Werkhof. Die in die Jahre gekommenen Gebäulichkeiten entsprechen den heutigen Bedürfnissen bei Weitem nicht mehr. Vor allem beim Stadtbusdepot ist der Druck gross. Nebst der Tatsache, dass die betriebene Flotte in der Einstellhalle keinen Platz mehr findet, soll die Elektrifizierung der Stadtbusse vorangetrieben werden. Dafür jedoch fehlt am heutigen Standort die Infrastruktur, sodass die Möglichkeit einer Elektrifizierung für jeden einzelnen Bus mit hohen Kosten verbunden ist respektive wäre. Überdies sollten so zentral gelegene Areale freigespielt und entwickelt werden, da hier Arbeiten in Gang gesetzt werden, die zur Folge hätten, Erträge zu generieren. Es gibt keine nachvollziehbaren Argumente, so etwas Wichtiges hinauszuschieben. Zudem besteht offenbar eine gewisse Dringlichkeit in Bezug zum entsprechenden Landerwerb für die Aussiedlung von Depot, Werkhof und Feuerwehr. Es wäre also dringend, dass hier die Vorbereitungsarbeiten vorangetrieben werden, damit die entsprechenden Botschaften zeitnah Gemeinderat und Volk unterbreitet werden können. Für die Mehr-

ausgaben der beantragten Wiederaufnahme von je 50'000 Franken stellen wir nachfolgenden Kompensationsantrag:

Die Positionen Seite 267 2411 Investition 00507 «Allgemeiner Kredit für kleinere, unvorhergesehene Neuanlagen, Korrekturen und Projektierung 2024» und S. 271 2421 Investition 00507 «Allgemeiner Kredit für kleinere, unvorhergesehene Neuanlagen, Korrekturen und Projektierung 2024» sollen um je 50'000 Franken gekürzt werden

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich werde das Paket auch hier als Ganzes zur Abstimmung bringen, falls sich niemand dagegen ausspricht.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stimmt dem Gesamtpaket, das sind alle vier genannten Investitionskosten, in dieser Form mehrheitlich zu. Vor allem, da dieser Antrag in Zusammenarbeit aller Fraktionen inklusive der Stadt erfolgt ist. Diese Kompromissbereitschaft auf allen Seiten erachte ich als ein gutes Zeichen für die zukünftige Zusammenarbeit. Wir sind als Fraktion aber der Meinung, dass man in einer ersten Phase auch nur die Aussiedlung der Stadtbetriebe hätte vorantreiben können. Wir weisen darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren bei diesen beiden Posten ohnehin mit grossen Investitionskosten zu rechnen haben. Auch sind wir der Meinung, dass die Stadt mit dem Gaswerkareal einen schönen Batzen zuhänden der städtischen Kasse einnehmen muss. Als Fraktion werden wir diesen Budgetposten zukünftig genau beobachten und erwarten daher vom Stadtrat rasch eine Botschaft, wie die Planung als Ganzes aussieht.

Stadträtin Andrea Hofmann Kolb (CH): Ich bedanke mich für die Wiederaufnahme der Anträge «Aussiedlung Stadtbetriebe» und «Arealentwicklung Gaswerkstrasse» in Kombination mit dem Kompensationsantrag in der gleichen Höhe. Wie bereits von Gemeinderätin Anita Bernhard erwähnt, wurden die Wiederaufnahme und die Kompensation in der GPK Bau und Werke gemeinsam mit den beiden betroffenen Amtsleitern Robert Scherzinger und Sascha Bundi und mir besprochen. Für das DBV und den Stadtrat macht es Sinn, die beiden Investitionen miteinander zu verknüpfen, wird die Aussiedlung der Stadtbetriebe doch einiges an finanziellen Mitteln benötigen. Finanzielle Mittel, die zum Teil durch die Entwicklung des Gaswerkareals generiert werden können. Die beiden Investitionen sind eng miteinander verknüpft und sollten dementsprechend gemeinsam betrachtet werden. Es ist nicht sinnvoll, zuerst auszulagern und erst zu einem späteren Zeitpunkt zu entwickeln. Das Areal an bester Lage würde zu lange brachliegen und keine Erträge generieren. Wie weit das Areal durch die Stadt entwickelt werden soll, werden die nächsten Abklärungen zeigen. Wichtig ist jedoch, dass die Stadt ein Mitspracherecht hat, wenn es um die Entwicklung geht. Durch die Wiederaufnahme von je 50'000 Franken ins Budget kann, wie ursprünglich geplant, bereits 2024 mit der Arbeit begonnen werden. Die beiden Projekte können aufgegleist und Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Wiederaufnahme.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/GP/GLP wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen.

Finanzkennzahlen

Keine Wortmeldungen.

Register 7 Übersicht der Konten zur Umsetzung des Rückweisungsantrags

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich möchte hier dem Stadtrat noch eine vorgelagerte Abklärung offiziell mitteilen. Und zwar hat Gemeinderat Roland Wetli bereits bei der ersten Budgetberatung angefragt und abgeklärt, dass die Reihenfolge der Abstimmungsfragen in der Botschaft eigentlich zu ändern sei, da es um den Grundsatz «kein Steuerfuss ohne Budget» geht. Dies wurde auch vom Ratssekretär und von mir in einer Recherche tatsächlich als so angeschaut. Wir stellen deshalb den inoffiziellen Antrag, dies auf die nächste Budgetsitzung zu ändern, bzw. wir werden nochmals auf den Stadtrat zukommen, um das Ganze zu erläutern.

Abstimmung

Antrag Fraktion Die Mitte/EVP:

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP zu Antrag 1 der stadträtlichen Botschaft, den Steuerfuss um zwei statt um drei Prozentpunkte auf neu 64 Prozent zu erhöhen, wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Antrag 1 der stadträtlichen Botschaft, den Steuerfuss um drei Prozentpunkte auf neu 65 Prozent zu erhöhen, wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Antrag 1 untersteht gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem Behördenreferendum. – Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 14. März 2024 und dauert 45 Tage.

Abstimmung

Antrag 2 der stadträtlichen Botschaft, das Budget 2024 der Stadtverwaltung zu genehmigen, wird mit 33 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Auch dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem Behördenreferendum. – Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Die Referendumsfrist beginnt am 14. März 2024 und dauert 45 Tage.

Abstimmung

Antrag 3 der stadträtlichen Botschaft, die Finanzpläne 2025 bis 2027 der Stadt Frauenfeld zur Kenntnis zu nehmen, wird mit 34 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Wir haben somit die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 24. April 2024, um 18:00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen schöne Ostern, und wer hat, schöne Frühlingsferien. Bevor ich Sie aber in die Ferien entlasse, darf ich Sie aufgrund meines gestrigen Geburtstags noch im Kleinen Bürgersaal zu einem Bier einladen. Diese Einladung gilt übrigens auch für alle Gäste, die bis jetzt durchgehalten haben. Ich würde mich freuen, wenn Sie noch etwas Zeit hätten.

Ich danke dem Ratssekretär und dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den schönen und frühlingshaften Blumenschmuck und erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:25 Uhr.
